Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 558. Mittag-Ausgabe. Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Donnerstag, den 28. November 1878.**

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

6. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 27. November.

11 Uhr. Am Ministertisch Graf Stolberg, Friedenthal, Hobrecht und mehrere Commissarien.

Präsident v. Bennigsen: Unmittelbar nach der Constituirung hat das Haus den Gesammtvorstand beauftragt, Sr. Majestät dem Kaiser und König die Theilnahme des Hauses, sowie die Freude über die Wiedergenesung Sr. Majestät auszudrücken. Der Wortlaut der Adresse wird, nachdem die Antwort Sr. Majestät eingegangen ist, durch den Druck zur Kenntniß der Mitglieder gebracht werden. Das Antwortschreiben selbst lautet;

Ich habe den von dem Gesammtvorstand des Abgeordnetenhauses unter dem 20. d. Mts. Mir gewidmeten Zuruf gern entgegengenommen; es hat Mir eine herzliche Freude bereitet, daß das Abgeordnetenhaus Seine Thätigkeit in der gegenwärtigen Landtags-Session damit begonnen hat, Mir eingedenk des herben Geschicks, das Mich im Laufe des Jahres heimgesucht hat, wie aus Anlaß Meiner glücklichen Genesung Seine warme Theilnahme zu bekunden. Mit innig empfundenem Danke erkenne Ich in Ihrer Aufmerksamkeit den Ausdruck der Anhänglichkeit, von welcher die gewählten Vertreter des Landes für Meine Person und mein Königliches Haus erfüllt sind. Je tiefer ich von der Aufrichtigkeit derselben überzeugt bin, mit desto größerem Nachdruck kann Ich die in der Adresse ausgesprochene Annahme bestätigen, daß gegenüber den schmerzlichen Erfahrungen dieses Jahres die zahllosen Beweise von Meines Volkes Treue, Liebe und Hingebung Mein Gemüth dankbar aufgerichtet und Meinem Herzen zu köstlichem Troste gereicht haben. Gestärkt und erhoben durch dieses Vertrauen, gedenke Ich nach der von der göttlichen Vorsehung Mir nunmehr beschiedenen Wiederherstellung bald in Meinen fürstlichen Beruf zurückzukehren, dem Ich Mich um so lieber wieder hingeben werde, als Ich sicher bin, bei dem Hause der Abgeordneten einem ungetrübten Verständniß Meiner der ruhigen Entwickelung des Vaterlandes gewidmeten Bestrebungen zu begegnen. Wiesbaden, den 26. November 1878. gez. Wilhelm.

An den Gesammtvorstand des Abgeordnetenhauses.

— Das Haus tritt in seine Tagesordnung ein. Die Nachweisung über die Anzahl der für das Jahr 1878/79 zur Klassensteuer und zur klassificirten Einkommensteuer veranlagten Personen und den Betrag der für dasselbe Jahr veranlagten Steuer beantragt Rickert der Budget-Commission zu überweisen. Schon in früheren Jahren sei eine Vereinfachung der Klassensteuerveranlagung, besonders durch eine Aenderung der Instruction, empfohlen worden, wofür der Herr Finanzminister, der als Chef der Communalverwaltung von Berlin die großen Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten der Veranlagung in großen Städten kennen gelernt hat, gewiß ein lebhaftes Interesse bekunden werde, um so mehr, als bekanntlich die Regierung eine seit Jahren gewünschte Reform der Klassensteuer vorbereitet,

Abg. Berger: Trotzdem die Denkschrift zum Etat die wirthschaftlichen Verhältnisse des Landes als unbefriedigend bezeichnet, weist die Einkommensteuer dennoch einen höheren Betrag, auf als im vergangenen Jahre, mehr als 11,000 Personen sind aus der Klassen- in die Einkommensteuer versetzt worden. In 22 Regierungsbezirken, namentlich in den westlichen Provinzen, sind mehr als Dreiviertel der Bevölkerung zur Klassensteuer veranlagt, dagegen in den übrigen Bezirken nur 51—60 pCt. Eine solche Prägravation der westlichen Landestheile darf nicht fortdauern,

Geh. Reg.-Rath Dillenburger: Eine eingehende Prüfung der Vorlage wird ergeben, daß die Staatsregierung bemüht gewesen ist, den Anforderungen des Gesetzes gleichmäßig gerecht zu werden. Wenn auch nicht absolut, so ist doch relativ eine Verminderung der Steuerbelastung eingetreten. Die Klassensteuer weist ein Plus von 22,000 M. nach; es ist nämlich gelungen, 401,000 Personen zu ermitteln, die aus den Steuerrollen verschwunden waren, und darunter befanden sich 17,000 steuerpflichtige, welche, zu dem niedrigsten Satze veranlagt, ca. 51,000 M. ergeben müßten; da aber nur ein Plus von 22,000 M. vorhanden ist, so ergiebt sich eine Entlastung von 30,000 M. Wenn man den Steuerbetrag pro Kopf der Bevölkerung berechnet, so ergiebt sich ein, wenn auch bis jetzt noch minimales Zurückgehen desselben. Was die Verschiedenheit der östlichen und westlichen Landestheile angeht, so läßt sich ein langsames Fortschreiten der Veranlagung in den ersteren erkennen; aber das Bestreben der Regierung nach einer gleichmäßigen Vertheilung der Klassensteuer auch in den östlichen Prnvinzen wird durch die fortwährenden Klagen aus jenen Gegenden über rigorose Einschätzung nicht befördert. Der Vermehrung der Einkommensteuerpflichtigen um 11,000 steht auch eine Verminderung von ca. 3000 gegenüber, und auch hierbei ist ein allmäliges Zurückweichen des Steuerbetrages zu constatiren, nämlich von 206 M. pr. Kopf im Jahre 1874, auf 192 M. im Jahre 1878 und 79. Wenn trotz der schlechten Zeiten eine Zunahme der Steuern stattfindet, so muß dabei bedacht werden, daß das eingeschätzte Einkommen dem wirklichen nicht entspricht; außerdem wird eine Einkommensverbesserung nicht sofort entdeckt, sondern erst nach mehreren Jahren und kommt also auch erst in späterer Zeit bei der Steuer zum Ausdruck; deshalb darf man sich nicht wundern, wenn die Wirkungen einer prosperirenden Periode bis in die schlechte Zeit hinein fortdauern.

Abg. Quadt hält die Behauptung, daß die östlichen Provinzen minder belastet, als die westlichen seien, für unbegründet, glaubt aber, daß diese Frage besser in der Commission als im Plenum behandelt werden könne.

Die Nachweisung wird darauf der Budgetcommission überwiesen.

Der Rechenschaftsbericht über die weitere Ausführung des Gesetzes, betreffend die Consolidation preußischer Staats-Anleihen, wird durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt und die Uebersicht der Staatseinnahmen und Ausgaben für 1877/78 der Rechnungscommission überwiesen.

Das Haus tritt nunmehr in die erste Berathung des Staatshaushaltsetats für das Jahr vom 1. April 1879/80 und des Gesetzentwurfs, betreffend die Ergänzung der Einnahmen in diesem Etat (Deckuug des Deficits durch eine Anleihe) ein. Zum Wort melden sich gegen das vorgelegte Budget 11, für dasselbe 6 Redner. In Bezug auf die geschäftliche Behandlung des Staatshaushaltsetat liegt bereits ein gedruckter Antrag des Abg. Rickert vor; eine große Anzahl von Specialetats, darunter die Etats der landwirthschaftlichen, der Gestüt-Verwaltung, des Ministeriums des Innern, des Cultus und der Justizverwaltung in zweiter Berathung im Plenum zu berathen, den Rest des Ordinariums, das Extraordinarium und das Anleihegesetz der Budgetcommission zu überweisen.

Abg. Lasker: Ich will gegen den aufgestellten Etat sprechen, keineswegs aber gegen den Minister, der ihn vertritt und der in seiner einführenden Rede zwar nicht ganz vollständig, aber maßvoll die Gesichtspunkte entwickelt hat, welche unsere Stellung zum Etat bestimmen können. Auf mich hat der Etat den Eindruck gemacht, als ob er wenn nicht in derselben Tendenz, aber unter dem gleichen Eindruck gearbeitet wäre, wie der vor 10 Jahren. Wir kennen zwei Tendenzen für die Gestaltung des Etats: entweder wird die Finanzlage als sehr rosig und vortrfflich dargestellt, wenn große Ausgaben von uns gefordert werden, oder als sehr gedrückt, wenn Steuer-Erhöhungen im Anzuge sind. Wir befinden uns unter der Herrschaft der zweiten Tendenz, wie vor 10 Jahren, aber damals verschwand das Deficit, zu dessen Deckung der Reichstag neue Steuern bewilligen sollte, in wenigen Tagen unter den Händen eines neuen Finanzministers aus den Büchern, ja verwandelte sich in einen Ueberschuß. Das muß uns sehr vorsichtig machen gegen das jetzt behauptete Deficit von 73,750,000 Mark, das sich nach der hier beliebten Art zu rechnen durch Hinzunahme des Anleihepostens zur Deckung von Amortisationen leicht auf 80 Millionen erhöhen ließe. Nun will ich nichts vertuschen, nichts günstiger darstellen, als es in Wahrheit ist, sondern nur ein wenig sondern. Unser Budget, an dessen Feststellung der Calculator das meiste Verdienst hat, giebt kein richtiges Bild der wirklichen Finanzwirthschaft des Staates, ein Posten erscheint wie der andere, was in das Extraordinarium hineingehört, wirkt auf das Ordinarium. Darum thut Orientirung in dem Zahlengemenge, Sonderung des Wahren vom Unrichtigen noth, zumal in Zeiten, wie die heutigen sind, und einem behaupteten Deficit gegenüber, ohne dessen Deckung sogar die Ausgabe von 10 Millionen im Ordinarium unmöglich sein würde. Hr. Camphausen führte sich bei uns damit ein, daß er die Amortisationsposten zu durchlaufenden Budgetposten machte und die Schuldentilgung nach den wirklichen Finanzbeständen des Staates regulirte.

Dagegen werden in unserem Ordinarium rund 18,400,000 Mark für Schuldentilgung mit als Deficit aufgeführt, während es in diesem Jahre der größte Uebermuth wäre, Anleihen zu tilgen. Unser Ordinarium braucht bei richtiger Berechnung nicht 10 Millionen Zuschuß aus einer Anleihe, sondern deckt sich aus den ordentlichen Einnahmen, und es bleiben ungefähr noch 30 Millionen für das Extraordinarium, indem einfach die neuen Anleihen ganz naturgemäß gegen die zu tilgenden zu stellen sind. Und in dem dann noch verbleibenden Deficit zur Bestreitung des Extraordinariums muß unterschieden werden, ob es sich nur um Verwaltungsausgaben handelt oder je nachdem diese Ausgaben durch Anleihen oder Ueberschüsse früherer Jahre gedeckt werden müssen. Denn es wäre in der That ganz irrationell, Ausgaben für eine weite Zukunft aus den Steuern des laufenden Jahres zu decken. Wenn Preußen vom Reiche neue Steuern verlangen wollte, weil es beispielsweise die Berliner Stadtbahn bauen will, so wäre das die unsinnigste Zumuthung, die je einer Volksvertretung gemacht wurde. Aber genau 30 Millionen im Extraordinarium tragen diesen Charakter, wie denn überhaupt für Eisenbahnen bald Anleihen gefordert, bald ungeheuerliche Posten im Extraordinarium für neue Anleihen aufgestellt werden. So geschieht es auch bei der Stadtbahn, und nun sollen einzelne Bahnen ihren Anschluß an die Stadtbahn bewirken. Die Ausgaben sollen auf ein Mal ihre Natur verwandeln und aus Steuern gedeckt werden! Wie kommt ferner der Steuerzahler von 1879 dazu, die Kosten für die neue Justiz-Organisation, die für Menschenalter bestimmt ist, 10,100,000 Mark auf seine Tasche zu übernehmen! Und dasselbe gilt von den 2,200,000 M. zur Ablösung von Forstgerechtigkeiten, die doch auch nur eine versteckte Amortisation ist. Auf diese Weise ließen sich ohne Mühe etwa 30 Millionen aus dem Etat ausscheiden, und das wirkliche Deficit würde höchstens 30 Millionen betragen. Das ist doch ein gewaltiger Unterschied, namentlich für den künftigen Finanzminister des Deutschen Reiches, der eine Steuererhöhung für das Deutsche Reich herbeizuführen vorgeschlagen hat.

Und sind denn wirklich die Verhältnisse Preußens so trübe, daß es in seinen Nöthen auf das Reich gedrängt wird? Wenn wir nur die durchlaufenden Betriebs- und Amortisationskosten im Betrage von 254 Millionen Mark aus dem Etat ausscheiden, die ersteren, weil sich an ihre Aufwendung eine Realisirung von Gewinn knüpft, die letzteren, weil wir die Amortisationstermine je nach unserer Finanzlage verlegen können, so bleiben etwa 40 Millionen Mark wirkliche Ausgaben, denen Einnahmen aus dem Vermögen des Staates, Eisenbahnen, Domänen und aus directen und indirecten Steuern gegenüberstehen, daß ein Deficit von 30 Millionen nur als eine vorübergehende Erscheinung zu betrachten ist und unser Staat in übersichtlich naher Zeit vollständig über die Mittel zur Deckung des Ordinariums und Extraordinariums ohne Deficit verfügen wird. Dann werden gegenwärtig ungefähr 250 Millionen Eisenbahnanleihen verzinst, deren Früchte später geerntet werden. Die Preise der Bergwerksproducte, die jetzt wohl den tiefsten Stand erreicht haben, werden wieder steigen, ebenso die Einnahmen aus den Eisenbahnen, Steuern und Stempeln rc.; ohne schön zu färben, darf man sagen, daß das Deficit verschwinden wird. Und gehen wir denn wirthschaftlich zurück, wenn wir in diesem und vielleicht in den nächsten Jahren nicht amortisiren und die Staatsschulden noch um Einiges erhöhen? Ohne den Staat für längere Zeit auf eine Budgetwirthschaft mit Anleihen verweisen zu wollen, so darf man dies gegenüber dem Staatsvermögen und der Ansammlung von Staatscapitalien doch ohne Bedenken thun. Wir verzinsen in diesem Jahre eine Schuld von 1,246,300,000 M., in den Staatseisenbahnen steckt ein Kapital von ungefähr 1590 Millionen, davon bereits im Betriebe für 1350 Millionen Mark gebaute Eisenbahnen, wir besitzen also in unseren Eisenbahnen 350 Millionen mehr, als unsere Staatsschuld beträgt. Mit dem Schrecken über das Deficit verschwindet aber auch die Hoffnung Derer, welche mit ihm beweisen wollen, daß das Reich eine ungeheuere Masse von Steuern mehr bewilligen müsse. (Hört!) Bedenkt man, wie eine Hebung des Verkehrs auf die Einnahmen aus den Eisenbahnen, Forsten und Bergwerken wirkt, so folgt daraus, daß die preußische Finanzwirthschaft ohne Einführung beweglicher Steuern gar nicht zu führen ist. (Aha! rechts.)

Wäre der Zuwachs an legitimer Macht, der der Volksvertretung dadurch zu Theil würde, so gefährlich, daß ihm eine schlechte Finanzwirthschaft vorzuziehen wäre, dann gehen Sie (die Herren von der Rechten) in's Volk hinaus und machen Sie das Volk conservativ! Ich frage: können wir hier direct Steuern bewilligen oder dem Reichstag zumuthen, mit Rücksicht auf die einzelnen Staaten Steuern zu bewilligen, wenn wir nicht eine bewegliche Steuer in Preußen haben, dessen Finanzen innerhalb weniger Jahre zwischen 70 und 80 Millionen mehr oder weniger schwanken. Die Vorurtheile der Altconservativen sträuben sich noch dagegen, sie sympathisiren eher mit romantischen, problematischen Plänen, als mit einer rationellea Verbesserung, welche die Geschichte der Thatsachen gebietet, aber die Geschichte der Partei abweist. Lieber will sie directe Steuern auf 1 oder 2 Jahre bewilligen und Zölle und Verbrauch jährlichen Schwankungen aussetzen, als quotisiren. Wir werden aber ganz unabhängig von jedem Parteiprogramm und ohne alle Sucht nach Machterweiterung bei unserer Forderung verharren und nicht erst Mehrbewilligungen machen, um nachher zu überlegen, wie sie am besten benutzt werden, sei es Reformen einzuführen oder Steuerklassen zu machen. Den schwankenden Einnahmen muß eine bewegliche Einnahmequelle zur Seite stehen und eine Entscheidung des Hauses darüber noch in diesem Jahre wäre dringend zu wünschen in dem Sinne, daß eine wirkliche Abhilfe für die finanziellen Irrungen, die zwischen Preußen und dem Reiche bestehen, nicht geschafft werden kann, so lange diese rationelle Grundlage nicht für Preußen gewonnen, die Brücke geschlagen ist, welche ihre Finanzen verbindet und die zu eröffen der Herr Finanzminister uns kürzlich aufgefordert hat, nachdem ich bereits vor 10 Jahren vorgeschlagen habe, sie zu bauen. Ich will absehen von den Zuschüssen, die den Einzelstaaten aus neuen großen Einnahmequellen des Reiches angekündigt werden und nur bescheiden annehmen, daß Preußens Matricularbeitrag von 41,500,000 Mk. frei wird, so wäre sein wirkliches Deficit von 30 Millionen gedeckt und es könnte außerdem noch über 11—12 Millionen verfügen zu Reformen und Steuererlassen.

Nimmt man dazu noch die zu erwartenden Mehreinnahmen aus den Eisenbahnen, der Gebäudesteuer u. s. w., so kommt eine ganz artige Summe heraus, mit der man sehr bedeutende Erleichterungen schaffen kann. Nur dürfen wir unsere Zustände nicht durch genial concipirte Reformen und unbestimmte Aussichten verwirren lassen. Die Bewilligung von Ausgaben entspricht dem Wohlwollen des guten Volksvertreters, bauen, reformiren, Wünsche erfüllen, namentlich solche, die man aus Nachbarschaft kennt, hat etwas Verlockendes, aber er so wie die Regierung sollen sich bewußt bleiben, daß für jede Bewilligung Klassen- und Einkommensteuer erhoben wird. Das ist die beste Probe, ob wirklich eine Ausgabe für sehr dringend und productiv gehalten wird. Also erst müssen wir die Verfügung über diese Steuern haben, dann wollen wir über Steuerreformen nachdenken. Jetzt, wo Alles, was dem Staate entzogen wird, von einem großen Theil der Volksvertretung als ein Gewinn für den allgemeinen Wohlstand betrachtet wird, ist es natürlich sehr leicht, für jede Reform und jede Erleichterung Begeisterung hervorzurufen, da dies Alles auf Kosten einer Kasse geschieht, für die man die Einnahmen nicht zu bewilligen hat. Aufgabe des Reichstages wird es sein, für den Fall, daß dort Mehreinnahmen bewilligt werden, die das Reich selbstständig machen, dort eine gleichbewegliche Steuer in Höhe der jetzigen Matricularbeiträge herzustellen; aber mit diesem Theil der Aufgabe haben wir uns hier nicht zu befasien. Nun halte ich es für dringend wünschenswerth, das Reich auf eigene Einnahmen zu stellen, und ich werde sehr gern bereit sein Maßregeln in diesem Sinne zu unterstützen — aber nur unter der Bedingung, daß wir nicht in unserer eigenen Finanzwirthschaft gestört werden. Man hat gesagt, es sei von den Vertretern Preußens im Reichstage Unrecht gewesen, aus den besonderen preußischen Zuständen Bedenken gegen die Maßregeln im Reiche herzuleiten und zu verlangen, daß das Reich in seiner Finanzwirthschaft auf Preußen Rücksicht nehme.

Dieser Satz ist ganz falsch. Die Finanzverwaltung selbst hat wiederholt erklärt, es sei eine Solidarität zwischen dem Reich und Preußen nothwendig, weil Preußen einen sehr großen Theil seines Besteuerungsrechtes und sehr ergiebige Einnahmequellen an das Reich abgetreten habe und dem Reiche hieraus die Pflicht erwachse, uns auch die Mittel für etwaige Mehrerfordernisse, die aus diesen Einnahmequellen zu beschaffen sind, zu gewähren. Ich gebe das zu, dafür hat aber auch das Reich das Recht und die Pflicht, wiederum davon Notiz zu nehmen, ob die Einzelstaaten auch gehörig und ordentlich wirthschaften, ob sie nicht ein Steuersystem haben, das sie dazu bringt, von Jahr zu Jahr mit neuen Forderungen zu kommen. Preußen tritt beispielsweise jetzt mit einem Deficit im Extraordinarium im Betrage von 30 Millionen Mark an das Reich heran; außerdem braucht es für andere Zwecke noch eine größere Summe und wünscht deshalb, daß das Reich die Matricularbeiträge aus eigenen Einnahmen decke. Wenn es nun nach einigen Jahren abermals kommt und erklärt: ich muß mehr Steuern haben, und das Reich wäre verpflichtet, für den großen Staat Preußen mit indirecten Steuern zu sorgen, würde das nicht eine große Belastung für das ganze übrige Deutschland sein? Und ist es nicht eine billige Forderung an die Einzelstaaten, daß bei ihnen ein solches Wirthschaftssystem herrsche, daß der Andrang nach neuen Steuern nicht in Folge eines Fehlers dieses Systems sich geltend mache? Es ist unabweisbar und logisch: wenn zwei Finanzverwaltungen in dem innigen Zusammenhange mit einander stehen, daß sie wechselseitig auf die Befriedigung ihrer Bedürfnisse angewiesen sind, dann muß in allen Beziehungen eine Solidarität bestehen und Preußen muß bei sich eine geordnete Grundlage der Staatsfinanzwirthschaft einführen. Ich glaube dazu würden alle Staaten mit Ausschluß von Mecklenburg bereit sein. Ich weiß, die Gemeinden wollen Zuschuß, das Unterrichtsgesetz, die Selbstverwaltung erfordern Zuschüsse. Aber ich bitte, nicht an Realbewilligungen und Mehrbelastungen zu gehen und dabei als Compensation nichts als schöne, allgemeine Theorien mit nach Hause zu bringen, namentlich in Bezug auf die Communen.

Wir haben jetzt das Gesetz über die Gemeindebesteuerung abermals vorgelegt erhalten; ob es sehr opportun erscheint, lasse ich dahingestellt; es ist leicht möglich, nachdem wir über das indirecte Steuersystem im Reich selbst zu einiger Aufklärung gekommen sein werden, daß wir die Frage nochmals überlegen werden, ob nicht Zuschüsse an einzelne Communen aus indirecten Erträgnissen gleichfalls nothwendig sind. Wegen des Unterrichtsgesetzes schon heute Ausgaben zu bewilligen, bei den heutigen Constellationen, bei dem reactionären Wind, der heut durch das Land geht, bei der angekündigten Verbindung des Centrums mit dem Reichskanzler auf wirthschaftlichem Gebiet und der Möglichkeit, auch danach Concessionen zu erhalten, — ob da das Unterrichsgesetz mit seiner schwierigen Materie im nächsten Jahre zum Abschluß wird kommen können, darüber bin ich heute noch zweifelhaft. Aber ich habe überall die Bitte, nicht die Einnahmen im Voraus zu beschaffen für Ausgaben, welche man später nützlich machen kann. Auch hier haben die letzten Jahre uns gewarnt. Sind denn in den schönen Jahren, mit den stark zufließenden Einnahmen, Fragen dieser Art alle in Angriff genommen und zum Austrag gebracht worden? Man darf sich nicht zu großen Einnahmebewilligungen verleiten lassen mit der unbestimmten Hinweisung auf künftige Reformen, wenn die Einnahmen des Reiches zufließen und der Finanzminister nicht in dieser bescheidenen, — ich beziehe das allerdings auf die ganzen Finanzen — Mitleid erregenden Form auf seinem Platze sitzt, sondern wie der frühere Finanzminister mit großem Stolze sagte: Ich bin der Gewährende, und dann Reformen einführt, die man gar nicht für gut hält. Auch der Minister Camphausen hat in den späteren mageren Jahren manche seiner früheren Gewährungen bedenklich gefunden. Deshalb müssen Sie, ehe Sie an die Ausführungen herantreten, die Prüfungen vornehmen.

Es ist z. B. ein großer Plan entworfen worden, wonach alle directen Einkommen bis zu 1200 Mark jährlich frei gelassen werden sollen, ich weiß nicht, ob er von direct officieller Quelle ausgegangen ist. Man kann ja nichts dagegen einwenden, daß über das Minimum des zu besteuernden Einkommens verhandelt wird, aber dazu gehört auch die Erwägung, was diesen Klassensteuerpflichtigen dagegen wieder auferlegt werden soll, und wenn ich finde, daß nach diesem Plan dem armen Manne 3 Mark directe Steuern erlassen werden, während er 5 Mark an indirecten zu zahlen hat, so bin ich der Meinung, daß es den Herren an Kenntniß der Factoren fehlt, welche einander gegenüber stehen. (Sehr wahr!) Auf die Details will ich hier nicht weiter eingehen; ich sage nur — und nicht blos für meine Person, ich glaube, daß auch meine Partei derselben Ansicht ist — daß wir den Anspruch des Reiches anerkennen, daß es auf eine eigene Finanzwirthschaft gestellt werde, und daß es fordern kann, unter einer Quotisirung wichtiger Einnahmen, in sich selbst die Bilanz des eigenen Etats herzustellen. Wir erkennen an, daß Grund und wirthschaftliche Möglichkeit vorhanden ist, dies gerade durch die Reform der indirecten Besteuerung herbeizuführen, aber wir können das Alles nur bewirken, wenn wir die Vorbedingung einer wirthschaftlichen Führung der Finanzverwaltung erreicht haben. Wir erkennen an, daß in diesem Augenblicke, bei dem Darniederliegen aller Verkehrsverhältnisse ein Deficit — zwar nicht so groß, wie die Regierung es erscheinen läßt, und nicht im Ordinarium, wohl aber im Extraordinarium vorhanden ist, welches bei einer selbstständigen Führung weit mehr als gedeckt sein würde, selbst wenn auch nur die Matrikularbeiträge allein in Betracht gezogen werden. Ich stelle Ihnen also anheim, die von dem Abg. Rickert zusammengestellten Posten der Budgetcommission zu überweisen. Meine Absicht dabei ist, daß dieselbe nicht an den einzelnen Rubriken haften bleibt, sondern aus der Gesammtlage einen Schluß zieht, der uns klar legt, ob und wie weit finanzielle Bedürfnisse vorliegen, ob dieselben dringend sind und wie sie am besten befriedigt werden können. — Sie werden uns das Zeugniß geben können, daß wir unsererseits wenigstens klar ausgesprochen haben, unter welchen Bedingungen wir allein im Stande sind, auf die Frage einer Finanzreform einzugehen und daß wir unsere Bereitwilligkeit documentirt haben, dem Reiche zu geben, was des Reiches ist, ohne darüber die Interessen des preußischen Staates zu vernachlässigen. (Beifall links.)

Abg. v. Zedlitz-Neukirch: Zunächst kommt es darauf an, festzustellen, wie hoch das Deficit ist, mit dem wir arbeiten. Ich gebe zu, daß ein factisches Deficit nicht in der vollen Höhe vorhanden ist, wie es formell im Etat erscheint und daß der regelmäßige Betrag des Extraordinariums um etwa 30 Millionen zu erniedrigen sein wird. Dagegen hat der Vorredner nicht richtig den Stand der Einnahmen gegen die Ausgaben geschätzt. Es ergiebt sich nicht ein Ueberschuß von 2 bis 3 Millionen der ordentlichen Einnahmen über die ordentlichen Ausgaben, sondern ein Minus von 15½ bis 16½ Millionen. Rechnet man dazu die 33 Millionen Extraordinarium, welche den regelmäßigen Bestandtheil des preußischen Etats bilden, so haben wir ein Deficit von nahezu 50 Millionen Mark. Es fragt sich nun, ob dieser Zustand ein vorübergehender oder dauernder ist, der eine dauernde Abhilfe erforderlich macht. Auch hier gebe ich zu, daß die Einnahme aus den Betriebsverwaltungen auf einem niedrigen Standpunkte stehen, ohne daß ich jedoch behaupten möchte, daß dieses der niedrigste Standpunkt ist, den sie erreichen können. Aber selbst wenn wir eine Besserung erleben und wenn es möglich sein wird, durch die Ordnung des Handels und der Verkehrsverhältnisse auf nationaler Basis den Grund zu schaffen für einen höheren Aufschwung von Industrie und Production, so werden doch die Folgen einer solchen Maßregel noch lange Jahre auf sich warten lassen. Schließlich tritt auch gegenüber den Einnahmen eine regelmäßige Steigerung der Ausgaben mit Nothwendigkeit hervor. Wir sind seit einer Reihe von Jahren von dem alten, sehr sparsamen System der Volkswirthschaft abgekommen. Wir werden hierin fortfahren müssen, wenn wir die Stellung dauernd einnehmen wollen, die unserer Nation gebührt. Wir werden reichere Ausgaben machen müssen, um die Nation auf ihrem Bildungszustande zu erhalten. Es werden regelmäßige Aufwendungen eintreten müssen, welche die etwaige Steigerung absorbiren werden.

Hiernach kann die dauernde, von allen Seiten verlangte Abhilfe nur geschafft werden durch eine Vermehrung der indirecten Abgaben im Reiche.

Aber zweifellos wird eine Reform im Reiche ihren Zweck nicht vollkommen erreichen, wenn sie nicht, neben der Deckung des Deficits, auch die Mittel abwirft, um die nützliche und nothwendige Steuererleichterung, welche namentlich zu Nutzen der Communen nothwendig ist, durchführen zu können. Die Gemeinden müssen freien Raum zur Bewegung innerhalb ihres Gebietes haben. Mit Genugthuung begrüße ich die Erklärung, daß die gegenwärtige Frage nicht benutzt werden soll zu einer Veränderung der Machtstellung der gesetzgeberischen Factoren innerhalb des Landes. Der Abg. Lasker hat nur im Allgemeinen von einer Quotisirung der Steuer gesprochen; positive Forderungen hat er nicht festgestellt. Schon im Frühjahre haben die Nationalliberalen im Reichstage erklärt, es handle sich im Wesentlichen darum, den Landtag in die Lage zu bringen, je nach den finanziellen Verhältnissen, einige Monatserträge der Einkommen- und Klassensteuer zu erlassen. Ein solcher Erlaß kann aber diejenigen Einnahmen nicht treffen, welche nothwendig sind, den Bedarf eines jeden Jahres zu decken. Der Spielraum, auf dem sich eine solche Befugniß bewegen kann, dürfte nur liegen auf dem Gebiete der extraordinären Ausgaben, welche ihrer Natur nach und je nach der Finanzlage des Staates beweglich sind. Auch wird es zweckmäßig sein, das Moment der Sparsamkeit mehr, als es in den letzten Jahren geschehen, zu berücksichtigen. Aber wenn wir selbst auf Grund der erwähnten Basis vorgehen wollen, so werden wir doch nur die Hand bieten zu einer zweckmäßigen Regelung der ganzen großen Frage, nicht zu einer einseitigen Lösung, sondern nur zu einer solchen, welche die Interessen Preußens und des Reiches Zug um Zug in gleicher Weise wahrnimmt.

Abg. Richter (Hagen): Meine Herren! Die Regierung hat das einfache Programm: für alle Uebelstände sollen neue Steuern im Reich die Abhilfe geben, und bis diese neuen Steuern bewilligt werden, hilft man sich mit neuen Anleihen. Darin stimme ich mit dem Abg. Lasker überein. Dieser Etat läßt die Finanzlage ungünstiger erscheinen, als sie in Wirklichkeit ist. Die Grundlagen der preußischen Finanzen sind, Dank den alten Traditionen Preußens, äußerst solide, haben schon manchen Finanzminister ausgehalten und werden noch manchen aushalten (Heiterkeit). Aber die seit Frühjahr inaugurirte Wirthschaftspolitik ist geeignet, auch das solideste Finanzwesen zu untergraben. Nicht allein kommt es darauf an, für den Reichstag falsche Beschlüsse zu verhindern, aus Mißverständniß der preußischen Finanzen, auch wir müssen uns vor falschen Beschlüssen in Bezug auf wirthschaftliche Vorlagen, welche uns noch in dieser Session erwarten, hüten. Während im Jahre 1875 aus laufenden Mitteln noch 58 Millionen für das Extraordinarium verfügbar waren, fehlen jetzt 10 Millionen Mark für das Ordinarium aus laufenden Mitteln. Ich spreche nicht von einem Deficit in diesem Umfange, sondern will nur den relativen Rückgang constatiren. Das Reich und seine Matricularbeiträge sind daran nicht schuld; 1869 hatten wir 18 Millionen und 1872 11 Millionen Mark Matricularbeiträge mehr als nach diesem Etat zu zahlen. Seit 1872 hat das Reich Preußen 500 Millionen Mark geschenkt aus den Mitteln der französischen Contribution. Hätten wir diese 500 Millionen nicht bekommen und die Matricularbeiträge von 1872 als feste Rente zu zahlen, so würden wir uns bei Anrechnung von Zinsen noch um 31 Millionen in Preußen schlechter stehen. (Hört!) Die Ursachen unserer Finanzlage sind daher ausschließlich preußische. Nach der Rede des Finanz-Ministers könnte man glauben, daß uns zu viel Steuern in Preußen erlassen seien. Aber selbst, indem man bis 1866 zurückgeht, rechnet man nur 35 Millionen zusammen. Wie wenig ist dies gegenüber den 5 Milliarden Kriegscontribution.

Dabei hat trotz der Nachlässe einzelner kleiner Steuern die Steuereinnahme im Ganzen von 1868 bis jetzt sich um 30 Millionen gehoben. Gewiß, der Rückgang der allgemeinen Verhältnisse ist hauptsächlich die Ursache, und zwar um so mehr in Deutschland gegenüber anderen Ländern mit Rücksicht auf unsere große Staatsindustrie und Staatseisenbahnwesen. Directe Steuern sind ein festes Element im Staatshaushalt gegenüber den ständigen Staatsverwaltungsausgaben. Einnahmen der Staatsindustrie sind mehr noch Fluctuationen unterworfen, als indirecte Steuern. Die Bergwerke zeigen einen Ueberschuß von nur 11 Millionen gegen 58 Millionen im Jahre 1873. Die Eisenbahneinnahmen stagniren seit 1876, obwohl wir 350 Mill. M. mehr in die im Betrieb befindlichen Bahnen gesteckt haben und zumeist aus Mitteln der Kriegscontribution. Auch die Steigerung des Schuldzinsenetats seit 1875 um 18 Millionen hängt zum Theil mit bereits im Betrieb befindlichen Eisenbahnen zusammen. Dabei geben wir für die Erneuerung von Locomotiven und Wagen in diesem Etat 9 Millionen M. weniger aus, als der Verschleiß des laufenden Betriebes beträgt. Erheblich weniger als 4 Procent rentiren schon jetzt die Staatsbahnen. Sind erst alle noch im Bau befindlichen Bahnen im Betriebe, so wird die Rente noch mehr zurückgehen. Zur Vermehrung der Staatseisenbahnen hat 1873 — man braucht nur die Interpellation Elsner v. Gronow nachzulesen (Heiterkeit), welche zu Berlin-Wetzlar Veranlassung gegeben hat — die Vorstellung Veranlassung gegeben, daß die Privatindustrie, die Plutokratie zu viel verdienen. Man meinte, wenn Berlin-Wetzlar von Privaten gebaut würde, so verdienten diese zu viel. Aber jetzt kommt Berlin-Potsdam, noch bevor Berlin-Wetzlar vorhanden ist, nicht auf die Zinsen. Beim Privatbetrieb leiden nur die Capitalisten unter schlechten Conjuncturen, beim Staatsbetrieb muß das gesammte steuerzahlende Volk den Rückgang ausgleichen. Sollen jetzt indirecte Steuern bewilligt werden, ohne die directen Steuern beweglich zu machen, so können wir binnen wenigen Jahren wieder den Nachtheil einer Ueberschußwirthschaft erfahren, abgesehen vom allgemeinen Rückgang trägt an der Finanzlage auch zu geringe Berücksichtigung des wirthschaftlichen Moments in den Bewilligungen der letzten Jahre die Schuld. (Sehr richtig.)

Unter dem Eindruck der Milliarden und weil in Ermangelung eines Steuerbewilligungsrechts uns das Bewußtsein nicht lebendig genug erhalten wird, daß Alles, was wir hier bewilligen, zuletzt aus Steuern getragen werden muß, ist das Haus in unwirthschaftliche Bewilligungen hineingerathen. Es kam die Periode des Ankaufs der verkrachten Bahnen. Man kaufte eine Bahn nach der anderen an, die Bahn Wagners, des Fürsten Putbus, des Herzogs von Ujest, des Prinzen — der Name fällt mir augenblicklich nicht ein (Große Heiterkeit) — zu einem den Werth weit übersteigenden Preise, bis wir alle zusammen hatten. Aus der Politik, einzelnen nothleidenden Unternehmungen zu helfen, hat sich dann die Politik entwickelt, welche glaubt, dem Nothstande im Lande könne überhaupt durch den Staat abgeholfen werden. Nach den Anführungen der „Provinzial-Correspondenz" vor den Wahlen — also eines Blattes, für welches die Minister direct verantwortlich sind, muß die Erwerbsstockung ein Sporn sein, um so mehr von Staats wegen Geld auszugeben. Als ob der Staat Geld ausgeben könnte, das er nicht vorher den Privaten, sei es in Form von Anleihen oder von Steuern, fortgenommen hat. Könnten die Privaten das Geld behalten, so würden sie selbst durch ihre Verwendung die Volkswirthschaft beleben. Es handelt sich also blos um eine Deplacirung der Werthe und es fragt sich allein, ob Staat oder Private wirthschaftlicher verwenden. Die in der Thronrede angekündigte Ergänzung des Eisenbahnnetzes ist geeignet, neue Projecte und Petitionen aller Art wachzurufen. Finanzminister Camphausen meinte umgekehrt, man müsse, nachdem man sich im Eisenbahnbau übernommen, jetzt um so mehr temporisiren. Ich bin kein Feind der Vermehrung der Eisenbahnen, aber Alles mit Maß und Ziel und zu seiner Zeit.

Dazu soll nun noch der Canalbau energisch gefördert werden. Es scheint, je weniger der Finanzminister Geld hat, desto freigebiger ist er. Auf der einen Seite ganz uferlose Versprechungen, auf der anderen Seite im Etat Ersparung an Unterhaltungsfonds der Dienstgebäude, an der Herstellung der noch fehlenden nothwendigen Oberförster-Gebäude, um wenige Tausend Mark, wie es heißt „unter thunlichster Berücksichtigung der augenblicklichen Finanzlage." Nach außen spielt man den Freigebigen, zu Haus soll Schmalhans Küchenmeister sein. So kommt man zuletzt folgerecht zu einer Wirthschaftspolitik, welche sich zur Aufgabe stellt, die gesammten Productions-Bedingungen und Concurrenz-Verhältnisse staatlich zu reguliren. Im Reiche ist volle Reaction der Zollpolitik, in Preußen die neueste Eisenbahntarif-Politik die Consequenz. Wir wissen, wie man die Holztarife regulirt, der Leder-Industrie den wichtigen Rohstoff, die Lohe, vertheuert, wegen des Mißrathens der Grüneberger Ernte uns die ungarischen Weintrauben vertheuert, die Mehldurchfuhr erschwert u. s. w. Gerade mit Zunahme der Staatseisenbahnen dienen die Eisenbahnen nicht dem allgemeinen Interesse der Consumenten, sondern den Interessen einzelner Producentenkreise. Man sucht die Eisenbahnen mit Ueberstürzung zu vermehren und hindert dann die Eisenbahnen ihren Zweck zu erfüllen, die Entfernungen auszugleichen und billige Productionsstätten allgemein zugänglich zu machen. Naturgemäß müssen dabei die Tarife auf große Entfernungen zuerst und stärker, als auf kleine Entfernungen zurückgehen. Um auf weite Entfernungen Transporte zu erhalten, haben die Eisenbahnen dieselben billiger gestellt. Indem sie unter dem Zwang, theurer zu fahren, ihre Transporte verlieren, entsteht eine neue Ursache für den Rückgang der Bahnen. Selbst die Concurrenz innerhalb Deutschlands sucht man zu regeln; las ich doch, die Papiertarife dürften nicht herabgesetzt werden, damit die Papierfabrikation im Osten nicht diejenige im Westen überflügele. (Hört! Zwischenruf bei den Nationalliberalen.)

Allerdings steht die Wirthschaftspolitik des Reichskanzlers dem Socialismus näher, als dieser glaubt, und es ist nicht Zufall, daß in den Productiv-Associationen mit Staatshilfe beide Theile sich zusammenfinden. In diesem Augenblick sollen, wenn nicht alle Zeitungen Falsches berichten, Verhandluugen über den Ankauf von Privatbahnen schweben, die eine Milliarde Mark erreichen. Wie steht der Finanzminister dazu? Ich schätze seine persönliche Liebenswürdigkeit, ich halte sie sogar für seine hervorragendste Eigenschaft (Heiterkeit), aber ein rauher, oft spröder Minister, wie Herr Camphausen war, wäre mir gerade jetzt genehmer. Sollen wir warten, bis einzelne Vorlagen an uns kommen. Etwa Berlin-Stettin. Soll wieder eine Eisenbahnpolitik von Fall zu Fall beginnen? Und sollen wir, nachdem wir A und B gesagt, wieder gezwungen sein, alle übrigen Bahnen anzukaufen? Unsere Staatsschuld würde verdoppelt werden, desgleichen der Eisenbahn-Etat. Thatsächlich würde der letzte Rest unseres finanziellen Einflusses zerstört. Ich weiß nicht, ob der Reichskanzler mit seinen neuen Leuten, welche diese Wirthschaftspolitik vertreten, die Mehrheit auf seiner Seite hat. Ich kann mir nicht denken, daß die Mehrheit sich derart auf diese neue Phase der Eisenbahnpolitik einlassen wrrd. Die Bahnen, deren Ankauf jetzt verhandelt wird, hatten allein im September einen Rückgang in den Einnahmen gegen das Vorjahr von neunhunderttausend Mark. Unser Etat wäre noch weiter verschlechtert, wenn wir im vorigen Jahre Berlin-Stettin gegen 5⅓ pCt. Rente angekauft hätten. Vereinfachungen in der Verwaltung sollen dem Finanzminister Ersparnisse bringen. Aber je mehr Bahnen, desto mehr Centralisation, desto mehr Instanzen, desto mehr Controle und Schablone, welche die Verwaltung vertheuern. — Alle Dem gegenüber hat der Finanzminister das einfache Programm: neue Steuern und neue Anleihen. Sagen Sie doch endlich einmal die Ziffer, wie viel neue Steuern Sie haben wollen. (Heiterkeit.)

200 Millionen ist das Knappste nach Ihren Projecten, was an Vermehrung der Steuern herausgebracht werden muß, noch ehe von denjenigen neuen Steuern die Rede sein kann, welche an die Stelle alter Steuern treten sollen. Von 200 Millionen im Reich würden doch 25 Millionen Erhebungskosten abgehen, alsdann 30 bis 50 Millionen, welche das Reich selbstständig in Anspruch nehmen würden. Verlangte man doch schon in diesem Jahre 30 Millionen. Von 125 Millionen würden ⅗ = 75 Millionen auf Preußen kommen. 58 Millionen glaubt Herr von Zedlitz zu brauchen, um den jetzigen Etat ins Gleichgewicht zu bringen; dazu kämen dann noch Zinsen von Eisenbahnen und Canälen, die alle noch gebaut werden sollen. Wie viel Dutzend Millionen würde die Versorgung der Hinterbliebenen von Beamten nach Elsaß'schem Muster kosten? Ich kann doch nicht annehmen, daß die „Provinzial-Correspondenz" dies vor den Wahlen versprochen, um die Stimmen der Beamten zu fangen? Wenn erst das Unterrichtsgesetz zu Stande gekommen ist, werden wir über die Mittel zur Durchführung mit uns reden lassen, aber vorschußweise werden auf das Unterrichtsgesetz neue Steuern nicht bezahlt. (Sehr wahr!) Nach der Thronrede hält sich die Regierung ihrer Verpflichtung, das Unterrichtsgesetz mit allen Kräften zu fördern völlig bewußt. Mich däucht, ich habe dies schon vor 20 Jahren in einer Thronrede gelesen. (Heiterkeit.) In einer Zeit drohender Reaction, wo der Reichskanzler Herrn von Kleist-Retzow näher steht, als irgend einem Liberalen, ist das Unterrichtsgesetz aussichtslos. Also 200 Millionen neuer Steuern braucht die Regierung zum Mindesten für ihre Projecte. Wie viel soll an neuen Steuern noch hinzukommen, um alte Steuern zu erlassen? Der Finanzminister hat zu seiner Steuerreforn nur allgemeine Wahrheiten ausgeführt, die Jeder unterschreiben kann. Ein dem Reichskanzler persönlich nahestehender Reichstagscandidat, der daraus die einzige Legitimation zu seiner Candidatur entnahm — Herr Hammacher weiß darüber Näheres (Heiterkeit) — hatte den Wählern Abschaffung der gesammten Klassensteuer und der Einkommensteuer unter 2000 Thalern Einkommen in Aussicht gestellt (Heiterkeit).

Halte ich mich an die Wahlversprechungen der „Provinzial-Correspondenz" — Wahlprogramme sollten doch nicht blos für Abgeordnete, sondern auch für die Regierung für die Zeit nach der Wahl in Betracht kommen (Sehr richtig!), von den größeren Versprechungen der Landräthe ganz zu schweigen (Heiterkeit) — so würde die Regierung also die Klassensteuer der 4 untersten Stufen, also unter 400 Thaler Einkommen aufheben, die halbe Grund- und Gebäudesteuer den Communen überweisen und ein ganz klein Bischen Gewerbesteuer erlassen wollen. Das wäre zusammen 60 Millionen. Um diese in Preußen zu erlassen, müßten weitere 100 Millionen neuer Steuern im Reiche aufgebracht werden. Wir kämen also zu 300 Millionen neuer indirecter Reichssteuern. Als ich bei den Wahlen nur von 200 Millionen sprach, wurden meine Flugblätter schon confiscirt. (Große Heiterkeit). 300 Millionen repräsentirt eine Verdoppelung der vorhandenen indirecten Steuern. 200 Millionen mehr neue Steuern stellt Erhöhung der Gesammtsteuerlast im Reich und den Einzelstaaten um ⅕ dar. Und das versucht man zu solchen schlechten Zeiten, wo zudem einzelne von indirecten Steuern getroffene Industriezweige besonders hart mitgenommen würden. Ganz nebenbei will der Minister auch noch die Communen in ihrem Haushalt glücklich machen. Was würde denn auf die Communen von den 60 Millionen Steuererlaß abfallen? 30 Millionen Mark Grund- und Gebäudesteuer, wovon 15 Millionen Mark auf die am meisten bedrängten Städte kommen würden; wirklich ein Tropfen auf den heißen Stein! Bis diese angebliche Reform sich vollzogen hat, wird die Steuerlast der Städte sich schon wieder mehr als um 15 Millionen gesteigert haben. Auch nach dieser Seite erweckt die Regierung Hoffnungen und Erwartungen, die sie gar nicht verwirklichen kann. (Sehr wahr!) Das werfe ich der Regierung in erster Reihe vor, sie erweckt Vorstellungen von den Aufgaben und Mitteln des Staates, die auch versuchsweise zu befriedigen nicht möglich ist, ohne die Solidarität unserer Finanzverwaltung und unserer ganzen inneren Entwickelung zu untergraben. (Sehr wahr!)

Die Versuche, auf diesem Wege die feste und willige Mehrheit aus den bekannten 3 Compagnien zu formiren zur Unterstützung jeweiliger Minister, können dafür nicht entschädigen. Gegenüber solchen weiten unfaßbaren uferlosen Projecten wird es nur schwer, von constitutionellen Garantien überhaupt zu sprechen. Her Miquel verlangte im vorigen Jahre personelle und constitutionelle Garantien als Voraussetzung der Mitwirkung zu einer Steuerreform. Erfüllt etwa der gegenwärtige Finanzminister die personellen Voraussetzungen? Wo sitzen denn überhaupt die politischen Freunde desselben in diesem Hause? Wie steht es mit dem verantwortlichen Reichsfinanzminister? Das Stellvertretungsgesetz hat die daran gestellten Erwartungen nicht erfüllt. Niemals weniger als nach diesem Gesetz hat der Reichskanzler sich vertreten lassen. Niemals hat in Preußen eine einzelne Person ein so ausgebreitetes persönliches in die Details aller Ressorts eingreifendes Regime geführt, wie jetzt der Reichskanzler. Noch im Frühjahr wollte er den preußischen Finanzminister den Reichsfinanzen vorsetzen; bei den Heidelberger Conferenzen aber hat Herr Hobrecht unter dem Vorsitz des Herrn Hoffmann getagt. Die Quotisirung der Klassen- und Einkommensteuer würde als bewegliches Element im Staatshaushalt gegenüber der Machterweiterung durch neue indirecte Steuern gar nicht ausreichen. Was Herr v. Zedlitz meint, ist nicht einmal diese Quotisirung. Auch wenn alle constitutionellen und formellen Voraussetzungen erfüllt würden, könnten wir neue Steuern unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht bewilligen, wegen des Druckes, der auf der ganzen Volkswirthschaft lastet, weil sich die wirkliche Finanzlage jetzt am wenigsten übersehen läßt, und weil eine Wirthschaftspolitik beginnt, welche die allgemeinen wirthschaftlichen Verhältnisse noch weiter verschlimmern wird. Sie würde durch jede neue Steuer eine Ermunterung erfahren, zu Schritten, welche immer mehr dem Abgrunde zuführen müssen. Allerdings stellt sich also die Fortschrittspartei wieder negativ, aber negativ im positiven Staatsinteresse. Wir sind in die Negative gedrängt, weil der Reichskanzler selbst die ganze Wirthschaftspolitik, die er früher hatte und wobei wir ihn positiv unterstützten, verläßt und ins Gegentheil verkehrt. Wir können nicht mit der wechselnden Politik eines Ministers unsere Grundsätze verlassen, sondern halten an denselben fest, weil wir damit glauben am besten dem Wohle unseres Vaterlandes zu dienen. (Lebhafter Beifall links, Zischen rechts.)

Finanzminister Hobrecht: Ich kann dem Vorredner das Compliment der Liebenswürdigkeit in den Formen zurückgeben. Ich hätte auch eine rauhere Form des Angriffes hingenommen, obwohl mir scheint, daß er in mehreren Beziehungen besonders in seinen Bildern, die Rücksichten, welche wir auf einander, selbst den Ministern gegenüber zu nehmen haben, verletzt hat. (Sehr richtig! rechts.) Ich würde eine viel schärfere Kritik gern gestatten, wenn ich ihm nur das Compliment machen könnte, daß er reell dabei gewesen wäre. Er hat eine Reihe von Zeitungsnotizen — allerdings Notizen der Provinzialcorrespondenz (Aha! links), einzelne Wendungen der Thronrede, deren Bedeutung ich nicht bestreiten will, aneinandergereiht und danach ein Bild der Wirthschaftspolitik von dem er nur eins unrichtig gesagt hat, daß es sich im Etat reflectire. Im Gegentheil, eine scharfe Prüfung des Etats wird beweisen, daß in Bezug auf die beweglichen Ausgaben, bei denen ein Einfluß ausgeübt werden kann, mit einer Sparsamkeit verfahren ist, wie in den so gerühmten Zeiten der preußischen Finanzpolitik. Das vom Vorredner entworfene Bild enthält so viel Falsches und Richtiges durcheinander, daß ich sehr eingehend darauf antworten müßte; Sie werden es begreifen, daß ich die Antwort dem Handelsminister überlasse, der für seine angegriffene Eisenbahnpolitik eintreten wird, wozu sich ja Gelegenheit bieten wird. Bei der Besprechung des Staatshaushaltsetats habe ich niemals gesagt, daß die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben sich auf 73 Millionen Mark dauernd stellen würde; ich habe nur ausgeführt, daß mit einiger Sicherheit eine sehr erhebliche Verminderung dieses Deficits in einer Reihe von Jahren sich nicht erwarten läßt. Ich habe auch gleich bemerkt, daß der Betrag von 48 Millionen Mark, der sich im Extraordinarium findet, zum Theil auf Ausgaben Bezug hat, die schon im Vorjahre durch eine Anleihe gedeckt sind, zweckmäßiger und richtiger aus den laufenden Einnahmen hätte gedeckt werden sollen.

Man muß den Grundsatz in Anwendung bringen, daß Anleihen nur zu außerordentlichen Ausgaben aufgenommen werden, die einen Ertrag zur Verzinsung und Amortisation in Aussicht stellen; die übrigen, regelmäßig wiederkehrenden außerordentlichen Ausgaben müssen aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden. Auf die Denkschrift vom Jahre 1869 habe ich in ihrer Gesammtheit nicht hingewiesen, sondern nur eine ganz bestimmte Zusammenstellung citirt, welche die damals bereits erlassenen Steuern aufzählte. Was nun die Forderung angeht, den Betrag zu nennen, welcher erforderlich ist, um dauernd das Deficit des preußischen Etats zu decken und eine Entlastung der Communen herbeizuführen, so glaube ich, die wenigen Andeutungen, die hier schon gemacht sind, werden ausreichen, um annähernd auf diesen Betrag zu kommen. Was die Erleichterung der Communen betrifft, so halte ich einen Betrag von ca. 60 Millionen Mark für sehr wesentlich und glaube, daß dies keine Täuschung der Hoffnung ist. Dasjenige, was am schwersten auf den städtischen Gemeinden lastet, ist gerade die Heranziehung zu der Einkommensteuer. Sobald es möglich ist, durch die Mittel, die eben nur durch indirecte Steuern aus dem Reiche zu schaffen sind, eine Einschränkung der Einkommensteuer herbeizuführen, welche die Procentsätze, die vom Einkommen erhoben werden, herabsetzt und den Gemeinden die Gewißheit giebt, daß der Staat nicht über einen gewissen mäßigen Betrag hinaus diese Steuerquelle in Anspruch nimmt, dann wird die große Versuchung bei der Veranlagung und Einschätzung der Besteuerung zu entziehen, sich wesentlich mindern. Es ist mir fast von sämmtlichen höheren Communalbeamten, die ich gehört habe, übereinstimmend versichert worden, daß nichts so sehr geeignet wäre, die Communen in finanzieller Beziehung zu befriedigen, als wenn sie darauf rechnen können, daß durch die Einnahmen im Reiche die Mittel gewährt werden, um eine Reform der Einkommensteuer vorzunehmen.

Der von mir vorhin genannte Betrag reicht namentlich in ländlichen Kreisen aus, um die Mittel zu gewähren, welche zur Durchführnng ees Unterrichtsgesetzes erforderlich sind, um die Lasten des Wegebaues, die Verzinsung der dazu aufgenommenen Anleihen zu bestreiten. Ich für dies nur an, um der Anschauung entgegenzutreten, als könne durch Erleichterung der directen Staatssteuern den Communen keine Entlastung gewährt werden. Ich will damit keineswegs in Aussicht stellen. daß den Communen bestimmte Beträge zugewiesen werden sollen; was sie brauchen, müssen sie im Interesse der Selbstverwaltung selbst aufbringen. Was sie drückt, ist das, daß ihre Einnahmequelle, die directen Steuern, vom Staate zum Theil in einem Maße steigend in Anspruch genommen werden, welche es den Städten schwer macht, durch Zuschläge dazu ihre Ausgaben zu bestreiten. Rechnen Sie die Summe, welche erforderlich ist, um das Gleichgewicht im preußischen Etat herzustellen, so hoch wie sie wollen, sie bleibt weit entfernt von der vom Abg. Richter ausgerechneten. Ich habe bei der Vorlegung des Etats keine Hoffnungen erregt, sondern nur die Beschaffung der zur Deckung des dauernden Deficits erforderlichen Summen und die Mittel zur Durchführung einer Reform der directen Steuern gefordert, im Interesse der Gemeinden. Weiteres habe ich nicht verlangt und es kann also darüber Hinausgehendes nicht aus den Erklärungen der Regierung gefolgert werden. Wenn demgegenüber die Nothwendigkeit betont ist, Bürgschaft dafür zu geben, daß die Bewilligungen im Reiche in Uebereinstimmung mit den Wünschen des Abgeordnetenhauses verwendet werden, so bemerke ich, daß an sich aus einer Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches eine Aenderung des verfassungsmäßigen Verhältnisses der Landesvertretung zur Regierung nicht eintritt, so lange sich die Mehrbewilligung auf eine Verminderung und Beseitigung der Matricularbeiträge beschränkt. Ich habe die Ueberzeugnng, daß die weitere Berathung des Etats die Richtigkeit dessen erhärten wird, was ich gesagt habe, daß wir es mit einem Deficit zu thun haben, welches sich, wenn auch nicht in der gegenwärtigen Höhe in den nächsten Jahren immer wieder zeigen wird, und das sich nicht ganz wird beseitigen lassen.

Minister Dr. Friedenthal: Der Handelsminister Maybach ist durch Krankheit verhindert, an den Verhandlungen Theil zu nehmen; derselbe wird die erste Gelegenheit wahrnehmen, um die vom letzten Redner so lebhaft angegriffene Eisenbahnpolitik zu vertheidigen und die einzelnen geltend gemachten Specialitäten zu berichtigen. Gestatten Sie mir, in einem Punkte mit wenigen Worten auf die Darlegung des Abg. Richter einzugehen. Es betrifft die Differentialtarife. Schon jetzt will ich unter Vorbehalt der späteren eingehenden Verhandlung derjenigen Beleuchtung entgegentreten, in welcher der Abg. Richter die Sache darstellte, als ob die Regierung die Ein- und Durchfuhr gewisser fremder Consumptibilien schlechter stellte als den Transport der inländischen Erzeugnisse. Es ist nur das Vorzugsrecht, welches der Versandt von Trauben, Mehl 2c. bisher genoß, beseitigt worden. Das entspricht der Natur der Sache und ist allein geeignet, einem im ganzen Lande empfundenen Mißstande ein Ende zu machen. (Beifall rechts.) Daß in diese Action mit Energie eingetreten ist, wird das ganze Land und nicht blos einzelne Interessenkreise befriedigen; andere Interessenten haben freilich in der Presse, natürlich in ihrem Interesse, möglichst viel Lärm gemacht. Ich glaube, das ist die richtige Eisenbahnpolitik, welche mehr die innere Production entwickelt und dadurch den Eisenbahnen einen sicher steigenden Verkehr sichert, als die, welche den vorübergehenden Conjuncturen entsprechend, ihre Tarife aufstellt. Es handelt sich nicht um eine Herabdrückung des Auslandes gegenüber dem Inlande; es handelt sich um eine gleichmäßige Behandlung der inländischen und ausländischen Production und dem stimmt das Land zu. (Beifall rechts.)

Unter großer Unruhe des Hauses erhält sodann der Abg. v. Köller das Wort, dem wir nur in seinem Hauptgedankengange folgen können. Die Ansätze der Einnahmen des Etats sind derart, daß wir eine Erhöhung derselben in kurzer Zeit nicht in Aussicht nehmen können. Auf der anderen Seite sind die Ausgaben im Ordinario auf das geringste Maß beschränkt worden und auch im Extraordinarium können die bereits in früheren Jahren angefangenen Unternehmungen nicht unbeendet gelassen werden. In jedem Culturstaat treten alljährlich Anforderungen hervor, welche erfüllt werden müssen und zwar im Extraordinarium. Würden aber auch alle extraordinären Ausgaben auf Anleihen verwiesen, so würde doch dadurch die Finanzlage des Landes in keiner Weise gebessert; im Gegentheil, im nächsten Jahre würden wir immer größere Summen für Zinsen und Amortisation in das Ordinarium einsetzen müssen. Ich komme jetzt zu der Frage, ob es wahrscheinlich ist, daß das jetzige Deficit in Zukunft wegfallen wird und im Falle ich zur Bejahung dieser Frage komme, ob es recht ist, die laufenden Bedürfnisse durch Anleihen zu decken. An dem Deficit trägt ohne Zweifel unsere schlechte wirthschaftliche Lage die Schuld und für diese hören wir von den verschiedensten Seiten die verschiedensten Gründe anführen. Die einen wälzen die Schuld auf die schlechte finanzielle Anlage der Milliarden. Auf Preußen sind von diesen nur wenig, nur 500 Millionen gekommen und davon haben wir ein Drittel zur Schuldentilgung und ein zweites Drittel zu Eisenbahnanlagen verwendet; das ist doch keine schlechte Finanzpolitik. Und warum hat sich die wirthschaftliche Lage nicht gebessert, seitdem durch den Krach jener Periode die Speculation und Unternehmungslust beendet ist? Andere führen als Ursache die große Ueberproduction an. Aber das zu viel Producirte müßte doch in den letzten fünf Jahren der Calamität schon aufgezehrt sein. Andere bürden die alleinige Schuld der modernen Gesetzgebung mit Unrecht auf, wiewohl ich zugeben muß, daß einzelne neuere Gesetze mit ihrer übereilten Abfassung manches zur Steigerung der Calamität beigetragen haben. Wieder andere hoffen die Beendigung der wirthschaftlichen Nothlage von der Einführung indirecter Steuern und Zölle.

Aus finanziellen Rücksichten bin ich zwar für diese Maßregel, aber dieselbe bessert die wirthschaftliche Lage nicht. (Hört!) Um den wahren Grund unserer wirthschaftlichen Nothlage zu finden, muß man sich in die Zeit unmittelbar nach dem Kriege versetzen. Damals steigerten sich die Bedürfnisse und Ansprüche aller Bevölkerungsklassen plötzlich in ungeheurer Weise und trotz des Sinkens aller Löhne in letzter Zeit sind sie noch nicht auf das Niveau von vor 1870 heruntergegangen. Die Arbeit wird in allen Branchen der wirthschaftlichen Thätigkeit bei uns zu hoch bezahlt und dem entsprechend zu wenig geleistet. Dazu ist Deutschland nicht reich genug. Wir können uns wirthschaftlich nur rehabilitiren, wenn bei uns mehr und besser gearbeitet wird. Die allzu langsame Erledigung dieses Prozesses ist der wahre Grund unseres Deficits. Wir müssen aber nach den Grundsätzen einer soliden Finanzwirthschaft die laufenden Ausgaben aus den laufenden Einnahmen decken. Der Redner geht sodann bei der Kritik der liberalen Forderung der Quotisirung der Einkommensteuer eingehend auf die Details der Steuerveranlagung Preußens ein und kommt zu dem Resultate, daß die Einkommensteuer nicht zugenommen habe, weil eine Steigerung der Einnahmen der Veranlagten vorausgegangen sei, sondern weil die Einschätzungs-Commission jetzt besser als früher richtig einzuschätzen verstanden. Er fährt fort: In der Passion für das Steuerzahlen unterscheidet sich kein Conservativer von einem Liberalen, der Unterschied ist nur der, daß wir sagen, wenn das Vaterland mehr Geld

bedarf dann wollen wir nicht fehlen. Wir sind mit den Liberalen einverstanden bei der Einführung der Steuerreform, einen Regulator für die schwankenden Einnahmen herzustellen, unter der Bedingung, daß dadurch die Machtverhältnisse der in Betracht kommenden Factoren nicht alterirt werden; denn auch wir wollen nicht, daß die Regierung im Gelde schwimmt. Mit der vom Abg. Rickert beantragten geschäftlichen Behandlung des Etats sind wir einverstanden.

Um 4¼ Uhr vertagt sich das Haus bis Donnerstag 11 Uhr. (Kleinere Vorlagen; Fortsetzung der ersten Berathung des Etats.)

Berlin, 27. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Haupt-Steueramts-Controleur Fischer zu Nordhausen den Rothen Adler-Orden vierter Klasse und dem Bürgermeister Henz zu Rod am Berg den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den Regierungs-Assessor Ernst Otto Boldt zum Landrath des Kreises Conitz ernannt; und dem Geheimen Cabinets-Secretär, Hofrath Hüttig, den Charakter als Geheimer Hofrath verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König hat im Namen des Reichs den Fabrikbesitzer Gustav von Schöller in Brünn zum Consul für die Kronländer Mähren und Schlesien ernannt.

[Handelsvertrag mit Italien.] In Folge einer zwischen der Kaiserlich deutschen und der Königlich italienischen Regierung getroffenen Vereinbarung bleiben der zwischen dem Zollverein und Italien geschlossene Handelsvertrag vom 31. December 1865 und die Schifffahrts-Convention vom 14. October 1867 bis zum 31. December 1879 in Kraft. Berlin, den 26. November 1878. Der Reichskanzler. In Vertretung: Hofmann.

Berlin, 27. Nov. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] besucht heute Se. Majestät den Kaiser und König in Wiesbaden und fährt Abends nach Coblenz zurück. Am nächsten Sonnabend reist Ihre Majestät die Kaiserin nach Stuttgart zu einem Besuche bei Ihren Majestäten dem König und der Konigin von Würtemberg. Abends trifft Ihre Majestät in Karlsruhe ein.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] empfing gestern Nachmittag um 3¼ Uhr den Oberbürgermeister von Berlin, von Forckenbeck und darauf den Fürsten Bentheim-Steinfurt, General-Major à la suite der Armee und Mitglied des Herrenhauses, sowie um 4 Uhr den Gesandten Grafen Solms und später den Ober-Ceremonienmeister Grafen Stillfried. Abends begaben Sich Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten die Kronprinzlichen Herrschaften zum Empfange des um 10¼ Uhr hier eingetroffenen Herzogs von Connaught, Königliche Hoheit, nach dem Potsdamer Bahnhofe. Heute Vormittag um 11¼ Uhr empfing Se. Kaiserliche Hoheit den Vice-Präsidenten des Staatsministeriums, Grafen zu Stolberg und nahm darauf den Vortrag des Civil-Cabinets entgegen. Mittags um 1½ Uhr empfing Höchstderselbe den General à la suite Sr. Majestät des Kaisers und Königs, Fürsten Radziwill. Nachmittags um 3½ Uhr ist Se. Kaiserliche Hoheit den Königlichen Prinzen mittelst Extrazuges nach Gardelegen abgereist, um bei Letzlingen Jagden abzuhalten.

(Reichs-Anz.)

Berlin, 27. Nov. [Brachvogel †.] Mit lebhafter Theilnahme ist heute in allen intelligenten Kreisen der Hauptstadt die Nachricht von dem Tode des Schriftstellers A. E. Brachvogel vernommen worden. Aber auch in den weiteren Bevölkerungsschichten wird der Verlust des Dichters des „Narciß" empfunden werden, weil nicht nur dieses wirksame Bühnenstück, sondern auch eine Reihe populair gewordener Romane, darunter „Beaumarchais", „der Trödler", „Friedemann Bach" sein Andenken in der Leserwelt verewigt haben. Sein letzter größerer Roman „Der Kampf der Dämonen", den er für die „Magdeburgische Zeitung" schrieb und der seit einigen Wochen im Feuilleton dieses Blattes erscheint, gewinnt in diesem Augenblicke ein um so größeres Interesse. (Brachvogel wurde den 29. April 1824 zu Breslau geboren.)

⊙ **Berlin**, 27. Nov. [Oesterreichische Unterhändler über einen provisorischen Handelsvertrag. — Dementi. — Vorlagen über den Ankauf von Eisenbahnen.] Officiös wird geschrieben: Die anderweit als bevorstehend gemeldete Ankunft österreichischer Bevollmächtigter in Berlin behufs Verhandlungen über einen provisorischen Ersatzvertrag für den mit Ende dieses Jahres ablaufenden Handelsvertrag wird uns als richtig bestätigt mit der näheren Angabe, daß die Bevollmächtigten am Sonntag, den 1. December, hier eintreffen werden. — Eine durch verschiedene Zeitungen gehende Meldung, daß der Bundesrath in Folge eines Antrages Sachsens im Begriff stehe, die Vermehrung der Silbermünzen zu beschließen, beruht gänzlich auf einen Irrthum. Weder hat Sachsen einen solchen Antrag eingebracht, noch ist eine solche Maßregel innerhalb des Bundesrathes anderweitig angeregt. — Die Berliner Correspondenz eines Wiener Blattes, welche sehr mit Unrecht als officiös bezeichnet zu werden pflegt, hat kürzlich berichtet, daß in der laufenden Landtags-Session Vorlagen hinsichtlich des Ankaufs von Eisenbahnen keinesfalls zu erwarten seien. Man darf wohl annehmen, daß die Stelle der Eröffnungsrede, welche die von der Correspondenz als ausgeschlossen bezeichnete Eventualität ausdrücklich vorbehält, nach der reiflichsten Ueberlegung Aufnahme gefunden hat. Wenn man aber diese Voraussetzung machen muß, so kann es nicht glaubhaft erscheinen, daß Seitens der Regierung der Gedanke an solche Vorlagen bereits aufgegeben sei.

[Zum Empfange des Kaisers.] Bekanntlich wurde die Ovation, welche die Krieger-Vereine dem Kaiser bei seiner Rückkehr darbringen wollten, Anfangs aus Rücksicht auf die ungünstige Jahreszeit abgelehnt; nachträglich ist dieselbe aber doch noch genehmigt und mit in das Programm der Empfangsfestlichkeiten aufgenommen worden. Die sämmtlichen Krieger-vereine Berlins und seiner Umgebung, 54 an der Zahl, sollen bei der Rückkehr des Kaisers Spalier bilden.

[Fürst Bismarck] werde, wie man der „Voss. Ztg." mittheilt, am Tage vor der Rückkehr des Kaisers mit seiner Familie von Friedrichsruhe nach Berlin zurückkehren und einige Tage dort verweilen. Der Fürst wird dem Kaiser bis zur Station Groß-Kreuz am Tage des Einzuges entgegenfahren.

[Kriegervereinstag.] Die „Parole", das Organ des deutschen Kriegerbundes meldet: Soeben geht uns die Nachricht zu, daß wahrscheinlich schon am 15. December der Abgeordnetentag aller deutschen Kriegervereine, mit Ausschluß der barischen, in Frankfurt a. M. stattfinden wird, auf welchem die große Vereinigung zum allgemeinen deutschen Krieger-Verbande geschlossen werden soll. Unmittelbar nach der geschehenen Vereinigung wird dann das Gesuch an Se. Majestät den Kaiser um Uebernahme des Protectorates gerichtet werden.

[Der Schiffbruch der „Pommerania".] Der kaiserlich deutsche Generalconsul von Bojanowski in London meldet unter dem 27. d. Mts. nachstehende Namen der bei dem Unfall der „Pommerania" Geretteten: 1) Passagiere. Frauen: S. Ohrenstiel, Mary Clymer, Rose Clymer, A. Neumann. Männer: C. Poppenhusen, Alfred Faber, Emil Bloch, F. Putz, A. Becker, G. Burger, Gustav Bodenwecker, Jul. Streper, Casp. Bauch, John Beeth, Aug. Beyer, Wilh. Marhani, Jul. Tolenski, Carl Schaller, Ant. Schön, Leop. Weizenhofen, Louis Korndurpr, H. Stemann, Heinrich Hinckelmann, Carl Kohlmeyer, Wilhelm Reinmann, Joh. Haag, Fr. Pank, Joh. Klos, Simon Moschal, Fr. Zudse, Ad. Thiel, Joh. Stenger, Chr. Westphal, R. Schneider, Henry Smith, Arn. Plinck, Emil Block, Rob. Pommer, Carl Samp, Wilhelm Hegermann, Heinr. Stroh, Jorgen Banned, Louis Laumann, John Johnson, George Kraus, Michael Kraus, S. Petersen, Chr. Jensen, G. C. Olsen, Louis Matson Himming, James Lockner. — 2) Mannschaft. Offiziere: R. Franzen, A. Hiller, R. Bernhardt, P. Köser, C. Engelke, C. Niens, B. Kruger. Matrosen rc.: H. Specht, Carl Siebert, Otto Hurtig, Jul. Thiers, Wilh. Rheder, Aug. Unger, Herm. Köster, Carl Haasen, Ernst Greite, W. Martens, H. Lassen, H. Stehr, D. Holthusen, Carl Milsterer, Carl Richter, Chr. Kord, Wilh. Wiegand, Carl Kretzler, Wilh. Stehr, Wilh. Schuhmacher, Th. Nicolas, M. Kowalski, J. Plagemann, G. Schröder, Herm. Zydoff, Joh. Möller, Leo Ollesch, Conr. Klangwald, Fr. Roje, Carl Herrmann, Heinr. Goschewich, Joh. Riedemann, M. Engelbrecht, Th. Harder, Heinr. Kolting, Jnl. Bambusch, H. Rudow, Ad. Glanz, E. Thms, J. Deichen, Carl Jost, Ed. Momm, Heinr. Bickmann, G. Wiebe, Alb. Gottschalk, D. Holstein, H. Castrop, G. Harrer, Rich. Eschenbrach, Fr. Timmermann, Ed. Fablonsky, Aug. Giese, Bernh. Kruger, Heinrich Hahn, Wilh. Töll, Ernst Hinsk, C. Walther, Ed. Pohl, P. Plohn, H. Schwickhus, G. Walter, H. Echbrett, Fr. Schölermann, E. Sich, Rud. Lehmkuhl.

[Verfügungen auf Grund des Reichs-Gesetzes vom 21sten October 1878.] Zum Liquidator des laut Bekanntmachung des Berliner Polizei-Präsidiums vom 23. October d. J. landespolizeilich verbotenen Vereins zur Wahrung der Interessen der werkthätigen Bevölkerung Berlins ist der Polizei-Hauptmann v. Wolffsburg bestellt worden.

Verboten wurden: Der Arbeiterverein zu Neuschöneberg und Umgegend; der „Hamburger Gesangverein."

Aufgehoben wurde das Verbot gegen die Nr. 876 der „Zittauer Morgenzeitung" nebst Beilage durch die sächsische Kreishauptmannschaft daselbst, welche dasselbe früher ausgesprochen.

Provinzial-Zeitung.

□ **Breslau**, 28. Nov. [Humboldt-Verein für Volksbildung.] Den letzten Sonntags-Vortrag, am 24. Nov., hielt Herr Dr. Wolfgang Eras. Derselbe sprach in anregender und fesselnder Weise „Ueber einige Hauptbegebenheiten in der Geschichte der französischen Nationalökonomie." Die cyklischen Vorträge werden in diesem Winter im Auditorium 14 der Universität gehalten werden. Den ersten Cyclus hat Herr Oberlehrer Dr. Bobertag übernommen. Derselbe wird über „Culturgeschichtliche Bilder aus dem 16ten bis 18ten Jahrhundert" Vorträge halten. Seine Vorlesungen beginnen Feitag, den 29. Novrmber, Abends 8 Uhr. — In der gestern unter Vorsitz des Herrn Dr. Grützner abgehaltenen Monats-Versammlung hielt zunächst Herr Dr. Bauch einen Vortrag „über Baustyle", welcher mit Demonstrationen durch das Scioptikon erläutert wurde. Sodann beantwortete der Vorsitzende verschiedene Fragen, und zuletzt hat noch Herr Dr. Möslinger ein Referat „über Milchverfälschung und deren Erkennung, wobei die verschiedenen Methoden zur Prüfung und Untersuchung der Milch erläutert, und die dabei zur Anwendung kommenden Apparate vorgelegt wurden.

* **Oels**, 27. Novbr. [Berichtigung.] Graf York wurde nicht mit 384 gegen 281 Stimmen zum Landtags-Abgeordneten gewählt, sondern mit 281 Stimmen von den abgegebeuen 384 Stimmen. 102 Stimmen fielen auf den Herrn Kreisgerichts-Director Stahr-Kaukehmen, 1 auf den Herrn Baron von Buddenbrock. 162 Wahlmänner waren nicht erschienen. (!!)

♀ **Neisse**, 27. Octbr. [Zur Sittlichkeit.] Vorgestern wurde hier ein Mädchen, welches kaum dem schulpflichtigen Alter entwachsen ist, von einem außerehelichen Kinde entbunden, das aber nicht lebensfähig gewesen und bald nach der Geburt gestorben sein soll. — Am selben Tage wurde ein Handwerkslehrling wegen Verbrechens wider die Sittlichkeit, verübt an einem siebenjährigen Kinde, der Staatsanwaltschaft übergeben.

♂ **Pitschen**, 26. Nov. [Jubiläum.] Am vergangenen Sonnabend beging unser hochgeachteter Mitbürger, Herr Dr. med. Geldner, den Tag festlich, an dem er vor 25 Jahren zum Doctor der Medicin promovirt worden war. Die Feier wurde am Vorabend durch die Lehrer der Stadtschule eingeleitet, die dem Jubilar einige Lieder sangen. Eine Deputation der Schützengilde hatte sich ihnen angeschlossen und die Herren Rector Schulze und Schützenmajor Przerembel begrüßten den Jubilar in längeren Ansprachen. Am Tage der Feier gestalteten sich die Gratulationen in Briefen, Telegrammen wie durch Deputationen zu einer hier noch nie gesehenen Ovation. Das von einem Comite veranstaltete Festessen hatte über fünfzig Theilnehmer aus Stadt und Land. Außer vielen Geschenken, welche einzelne dankbare Verehrer des Jubilars ihm widmeten, ist besonders das Festgeschenk einiger Familien der Umgegend zu erwähnen, bestehend in einem kostbaren silbernen Tafelaufsatze, welcher in seiner Ausführung wahrhaft künstlerisch vollendet schön zu nennen ist.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 27. Novbr., Nachts 1 Uhr 10 Min. Der General-Consul von Bojanowski berichtet an das auswärtige Amt: 27. Novbr., 7 Uhr 5 Min. Nachm. Im Anschluß an das Telegramm über die „Pommerania" bin nun ich in der Lage, wie folgt zu berichten: Gerettet wurden von Passagieren noch: G. H. Schurr, W. Jesse, W. Imschinski, L. Rabe, D. Schmidt, T. Reckelmann, W, Schröder, Th. Blight, A. Simon, Louise Keßmann, Anna Wisel, Sophie Holzhausen, Grube, Adolph und Marie Rehfeld nebst zwei Kindern, Martin Apfel, ein 14jähriges Mädchen, wahrscheinlich Martha Müller, und außerdem noch zwei kleine Mädchen von 3 Jahren resp. 9 Monaten, deren Eltern unbekannt. Von der Mannschaft wurden noch gerettet: W. Baumfeldt, T. Howe, F. Opermann, L. Böttger, G. Kuhwetter, D. Warsch, T. Krager, G. Diedrichs, A. Schmidt, G. Birnheim, H. Hohmann, S. Schläger, C. Niemann, T. Stahlmann, Moltz, H. Ziegler, H. Guntrum, S. Hatz, Peterson Kurre, Vogt, Steincke. Ob die in meiner ersten Liste angegebene Amalie Neumann nicht etwa eine Amalie Wolff ist, welche vermißt wurde, kann nicht mit Gewißheit festgestellt werden. Drei Leichen sind bis jetzt in Folkestone ans Land getrieben. Capitan Schwansen wird morgen in London erwartet.

Hamburg, 27. Novbr. Nach hier aus Cherbourg eingegangener Meldung sind daselbst folgende Passagiere des Dampfers „Pommerania" am 25. d. (vor der Katastrophe) gelandet: Mad. Freire nebst 5 Familienmitgliedern, E. A. Ward nebst 6 Familienmitgliedern, Encin Arnstein nebst 4 Familienmitgliedern, L. F. Schwartz, Otto Kornemann, Julius Charles, W. Adams, Johann Braun, Frederick Marc, Benedict Arn, Charles J. Guillemot, Philipp Groß, Louis Weith, John M. Walz, M. Alexander Heins, Geiger, Louis Scherer, L. Dresner, Samuel Schlenes, François Saumier, Ch. Kerhelg, Ch. Appel, sämmtlich von New-York kommend, ferner Hare mit seiner Frau und Christofflersen, von Plymouth kommend.

Rotterdam, 27. Novbr. Der Capitän der „Pommerania", Schwensen, befindet sich hierselbst in ärztlicher Behandlung. Der Capitän der „City of Amsterdam", welcher Schwensen aufnahm, giebt darüber an: Die Nacht sei sehr dunkel gewesen, die „City of Amsterdam" sei nach der Collision an der Unglücksstätte vorübergefahren. Er, der Capitän, habe Hilferufe gehört, in der Dunkelheit aber nichts von dem, was vorging, erkennen können. Er habe die Boote heruntergelassen und Nachforschungen anstellen lassen. Er habe aber nur Schwensen gefunden, welcher auf einem Balken im Wasser trieb. Es sei damals ungefähr 1¼ Uhr gewesen.

Wien, 27. Novbr. Meldung der „Polit. Corresp." aus Bukarest: Rußland hat Rumänien die Uebergabe der von den Russen bei der Sulina-Mündung und bei Kustendsche erbauten Befestigungswerke angeboten. Der größte Theil des russischen Stabes hat bereits Rumänien verlassen.

Wien, 27. Nov. Die „Presse" meldet: Der Abschluß des Uebereinkommens zwischen der ungarischen Regierung mit der Gruppe Rothschild, betreffs Deckung des Deficits pro 1878/79 sowie des Occupationsbedarfs Ungarns pro 1879 durch Ausgabe von Goldrente und betreffs Conversion der zweiten Emission der Schatzbonds durch eine Domänenanleihe wurde dadurch verzögert, daß die ungarische Regierung noch die Verpflichtung der Rothschildgruppe fordert, für das Deficit pro 1880 einen Credit zuzugestehen.

London, 27. Nov. Eine Extra-Ausgabe der „Gazette" veröffentlicht eine königliche Verordnung von heute, wodurch das Parlament auf den 5. December zur Erledigung dringender wichtiger Geschäfte einberufen wird. — In den Baumwollenspinnereien Oldham nahmen 600 strikende Arbeiter die Arbeit wieder auf.

Madrid, 27. Novbr. Der Arbeitsminister erklärte dem Congresse bezüglich der Verhaftungen in Saragossa, daß kein Grund zur Besorgniß vorliege. Es handle sich nur um einige Individuen, welche sich in einem Hause in Saragossa bewaffnet zusammengefunden. Dieselben seien verhaftet und würden den Gerichten übergeben.

Bukarest, 27. Nov. Die bei der heute stattgehabten Eröffnung der Kammern von dem Fürsten Carl verlesene Thronrede constatirt, Rumänien sei von keinem Kriege mehr bedroht und seine Unabhängigkeit sei von ganz Europa anerkannt. Die benachbarten-Mächte hätten bereits diplomatische Vertretungen am Hofe des Fürsten geschaffen. Die Thronrede spricht sodann die Zuversicht aus, daß die übrigen Großmächte bald diesem Beispiele folgen würden und fügt hinzu, die rasche Herstellung officieller diplomatischer Beziehungen zwischen diesen Staaten und Rumänien hänge theilweise von den Kammern ab. Diese würden alsbald auf verfassungsmäßigem Wege das Land in die Lage versetzen, den Erwartungen Europas zu entsprechen und dem moralischen Interesse zu genügen, welches Rumänien selbst zu Gute komme, nämlich aus der Verfassung das nicht mehr mit der Aufklärung des Jahrhunderts in Einklang stehende Princip der politischen Ungleichheit wegen des Glaubensbekenntnisses zu streichen. Die Thronrede verweist sodann auf die Arbeiten auf dem Gebiete der inneren Politik, die von den Kammern behufs Befriedigung der Landesinteressen durchzuführen sein würden. Es werden Gesetzentwürfe angekündigt betreffend die Ausdehnung des Principes der Unabsetzbarkeit der Richter, betreffend Verbesserungen der Armeeorganisation und betreffend die Verbindung des gegenwärtigen Eisenbahnnetzes mit der Linie Tschernovada-Kustendsche. Die Thronrede wurde wiederholt beifällig aufgenommen, namentlich bei den auf die neue politische Stellung des Landes bezüglichen Stellen.

Lahore, 27. Novbr. Die Division Roberts ist bei dem Fort Mohamed Azim, unweit des Kurumfort, eingetroffen. General Watson wird das von den unabhängigen Staaten Indiens für den Feldzug gegen Afghanistan gestellte Truppencontingent commandiren.

(Aus Hirsch' telegraphischem Bureau.)

Konstantinopel, 26. November. Die in Folge vorgekommener kolossaler finanzieller Unterschleife eingeleitete große Criminal-Untersuchung hat ganz ungeahnte Betrügereien zur Kenntniß der Behörden gebracht. Der Generaldirector des Telegraphenwesens ersucht durch öffentliche Bekanntmachung das Publikum, bei der genannten Behörde alle seit 7. October c. ausgestellten Empfangsbestätigungen über bezahlte Telegraphengebühren zu präsentiren, da Uebervortheilungen des Publikums und Unterschleife constatirt seien, über welche eine Untersuchung eingeleitet ist. — Eine Gruppe in Galata ansässiger Bankiers hat dem Finanzminister anläßlich vorgekommener, den Cours der Caimés drückender Manöver, die Bildung einer „Ueberwachungs-Commission für Börsen-Operationen" vorgeschlagen.

Handel, Industrie rc.

Berlin, 27. Nov. [Börse.] Die Geschäftsstille erscheint in Permanenz; auch für die heutige Börse bildete die Verkehrslosigkeit das Hauptcharakteristikum, und die Notirungen haben daher nur unbedeutende Veränderungen erfahren. Obgleich unter solchen Umständen eine bestimmt ausgeprägte Tendenz schwerer erkennbar wird, und die verschiedenen Nüancen sich mehr und mehr zu verwischen pflegen, so kann doch insofern eine Ausnahme hiervon constatirt werden, als die heutige Börse in einer ausgesprochen festen Stimmung eröffnete. Sie bewies hiermit eine bemerkenswerthe Selbstständigkeit, denn weder boten die von den gestrigen Abendbörsen vorliegenden Coursmeldungen der Festigkeit eine Unterstützung — Hamburg, Frankfurt und Paris hatten sogar matte Notirungen gesendet — noch wäre die augenblickliche politische Lage geeignet, die Speculation à la hausse zu animiren. Einigen Grund zu der festen Tendenz mag die Börse in dem Umstande gefunden haben, daß der gestern noch empfindlicher auftretende Stückenüberfluß heute etwas schwächer sich zeigte. In der Prolongation bedangen: Credit 50 Pf. Rep. mit Etge., Lombarden 70 Pf. Dep., Franzosen 60—75 Pf. Rep., Disconto-Comm. ¼—⅜ % Rep., Italiener ⅛ % Rep., Oesterr. Goldrente 0,15—17½ und do. Papierrente 0,15% Rep., 5% Russen alte ½ ‰ Dep., neue 0,17½ Dep., Russ. Noten 0,95—1,10 M. Rep. Von den intern. Speculationspapieren haben Oesterreichische Creditactien eine Steigerung von einigen Mark zu verzeichnen. Franzosen und Lombarden vernachlässigt, gegen Schluß ermattete etwas die Haltung. Die Oesterreichischen Nebenbahnen blieben unverändert und geschäftslos, nur Galizier haben einigen Verkehr zu besserer Notiz aufzuweisen. Für die localen Speculationseffecten ermattete die Haltung nach der heut erfolgten Prämienerklärung, da hierdurch viel Material flottant wurde. Es notirten: Disconto-Commandit ult. 132—¼—2, Laurahütte ult. 70—68½—68¾. Die Coursveränderungen auf dem Gebiete der ausländischen Staatsanleihen waren ganz belanglos, überhaupt fand nur in Ungarischer Goldrente und in Oesterreichischer Gold- und Papierrente etwas Verkehr statt. Russische Werthe behaupteten sich ziemlich gut. 5% Anleihe per ult. 80⅛—¼, Russische Noten nicht unbelebt, per ult. 197 bis 6½—6¾, per December 198—7½—7¾ (Vorpr. 200½/2½), per Januar 198¾—8¼—8½ (Vorpr. 202/3¼). Preußische und andere deutsche Staatspapiere unverändert still. Eisenbahnprioritäten unbelebt. Auf dem Eisenbahnactienmarkte herrschte eine sehr gedrückte Stimmung, da man glaubt, daß die Eisenbahn-Vorlage in dieser Session nicht mehr vorgelegt werden würde. Per ult. notiren: Bergische 77,75 bis 77, Kölner 103,50 bis 10, Rheinische 107,90 bis 50. — Stettiner gedrückt und angeboten. — Potsdamer weichend. Oberschlesische und Freiburger schwächer. Rumänen fest und mäßig belebt. Bankactien betheiligten sich allgemein nur wenig am Geschäft, Breslauer Discontobank besser, Essener Credit anziehend, Petersburg Intern. und Sächsische Bank höher, Mecklenb. Boden und Spielhagen erhöhten die Notirung, Nordd. Grundcredit war dagegen matt, Deutsche Bank blieb zu weichendem Course angeboten. Industriepapiere in geringem Verkehr. Große Pferdebahn schwächer. Tivoli und Schloßbrauerei erhöhten die Notirungen. Nolte Gasactien lebhaft steigend. Dessauer Gasactien und Magdeburger Gasactien zogen ebenfalls etwas an. Dankberg Ofenfabrik besser. Montanwerthe vernachlässigt. Menden, Schwerte und Gelsenkirchen anziehend. Kölner Bergwerk 3 pCt. niedriger. Mechernicher, Hibernia, Dortmunder, Köln-Müsen, Aachen-Höngen, Märk.-Westf. Union waren ebenfalls billiger erhältlich.

Um 2½ Uhr: Fest. Credit 395,—, Lombarden 119,—, Franzosen 438,50, Reichsbank 154,60, Disconto-Comm. 132,25, Laurahütte 68,75, Türken 11,75, Italiener 74,10, Oesterreichische Goldrente 61,90, Ungarische do. 72,10, Oesterr. Silberrente 53,90, do. Papierrente 52,75, 5 proc. Russen 80,40, Köln-Mindener 103,25, Rheinische 107,50, Bergische 77,10, Rumänen 35, Russ. Noten 196,90.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterreich. Silberrent.-Cp. 173,50 bez., do. Eisenb.-Coup. 173 bez., do. Papier in Wien zahlb. min. 50 Pf. k. Wien, Amerikan. Gold-Dollar-Bonds 4,18 bez., do. Eisenbahn-Prioritäten 4,17.50 bez., do. Papier-Dollars 4,16 bez., 6% New-York-City 4,17.50 bez., Russ. Central-Boden min. 20 Pf. Paris, do. Papier und verl. min. 75 Pf. k. Pet., Poln. Papier u. verl min. 75 Pf. Warschau. Russ.-Engl. cons. verl. 20,49 bez., Russ. Zoll 20,49 bez., 22er Russen —,—. Große Russ. Staatsbahn —,—., Russ. Boden-Credit 20,15 pr. Jan., Warschau-Wiener Comm. 20,16 bez., 8% Rumänische Staats-Anleihe —,—, Warschau-Terespol 20,17 bez., 3% und 5% Lombard min. 10 Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. 20 Pf. Paris, Holländische min. 10 Pf. Amsterdam, Schweizer minus 50 Pf. Paris, Belgische minus 30 Pf. Brüssel, Verl. Lstr.-Obligat. 20,40 bez.

Amsterdam, 27. Novbr. Die heute von der niederländischen Handelsgesellschaft abgehaltene Kaffee-Auction eroffnete für Nr. 1 zu 45 à 44½, Nr. 4 43½, Nr. 6 43½ à 43¾.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Nov. 27., 28.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme	+ 12°,0	+ 8°,3	+ 9°,1
Luftdruck bei 0°	328''',26	327''',10	328''',13
Dunstdruck	3''',91	3''',75	3''',49
Dunstsättigung	70 pCt.	90 pCt.	79 pCt.
Wind	SO. 1.	SO. 1.	S. 2.
Wetter	heiter.	bedeckt.	heiter.

Breslau, 28. Nov. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 16 Cm. U.-P. — M. 56 Cm.

Berliner Börse vom 27. November 1878.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	95,00 bz
Consolidirte Anleihe	4½	104,60 bz
do. do. 1876	4	95,00 bz
Staats-Anleihe	4	94,60 G
Staats-Schuldscheine	3½	92,00 B
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	146,00 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101,90 bzG
Pfandbriefe. Berliner	4½	101,30 bz
Pommersche	3½	84,25 bz
do.	4	94,50 G
do.	4½	102,60 bz
do. Lndsch. Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	94,70 B
Schlesische	3½	86,30 G
Lndschaftl. Central	4	94,75 bz
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	96,00 B
Pommersche	4	95,90 B
Posensche	4	95,00 B
Preussische	4	94,80 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	98,00 G
Sächsische	4	98,00 bz
Schlesische	4	96,00 G
Badische Präm.-Anl.	4	120,60 G
Baierische 4% Anleihe	4	123,20 G
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	116,50 etbzB
Sächs. Rente von 1876	3	72,60 B

Kurh. 40 Thaler-Loose 245,75 G
Badische 35 Fl.-Loose 144,90 B
Braunschw. Präm.-Anleihe 80,60 G
Oldenburger Loose 136,50 bzG

Ducaten — —	Dollars 4,18 G
Sover. — —	Oest. Bkn. 173,70 bz
Napoleon 16,18 bz	do. Silbergd 173,25 bz
Imperials — —	Russ. Bkn. 196,90 bz

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	5	107,80 bz
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	96,00 bzG
do. do.	5	102,00 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	94,50 bzG
do. do. do.	5	100,00 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,00 G
Unkünd. do. (1872)	5	101,50 bz
do. rückzb. à 110	5	105,75 bz
do. do. do.	4½	98,20 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	98,00 bzG
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	100,00 G
Hyp.-Anth. Nord-G.C-B	5	92,50 bzG
do. do. Pfandbr.	5	92,50 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	98,00 B
do. do. II. Em.	5	90,00 G
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	106,40 B
do. do. II. Em.	5	104,50 bzG
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	96,80 bz
do. 4½ do. do. m. 110	4½	90,40 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	109,75 bzB
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	— —
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	99,00 G
do. do.	4½	94,50 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	103,25 bzG
do. do. 4½%	4½	98,70 G

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1/1. 1/7.)	4⅕	53,80-90 ebzB
do. (1/4. 1/10.)		53,80-95 ebzB
do. Goldrente	4	62,00 bzG
do. Papierrente	4⅕	52,75 bzB
do. 54er Präm.-Anl.	4	— —
do. Lott.-Anl. v. 60	5	107,20 bzG
do. Credit-Loose	fr.	298,50 bz
do. 64er Loose	fr.	262,00 bzB
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	143,50 bzG
do. do. 1866	5	141,00 bzG
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	72,00 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	— —
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	79,25 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	5	60,70 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	53,70 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,90 G
do. do. 1885	6	99,60 G
do. 5% Anleihe	5	104,00 G
Ital. 5% Anleihe	5	74,20 bz
Ital. Tabak-Oblig.	6	— —
Raab-Grazer 100 Thlr. L	4	70,75 G
Rumänische Anleihe	8	— —
Türkische Anleihe	fr.	11,70 B
Ungar. Goldrente	6	72,30 bz
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	71 G

Schwedische 10 Thlr.-Loose —
Finnische 10 Thlr.-Loose 38,00 B
Türken-Loose 36,00 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	100 G
do. III. v. St. 3½ g.	3½	84,90 G
do. do. VI.	4½	99,80 G
do. Hess. Nordbahn.	5	103,20 bz
Berlin-Görlitz	5	101,50 G
do.	4½	98,10 bz
do. Lit. C.	4½	82,00 bz
Breslau-Freib. Lit. G.	4½	96 B
do. Lit. F.	4½	— —
do. do. H.	4½	94,50 G
do. do. J.	4½	94,50 bzB
do. do. K.	4½	94,50 bzB
do. von 1876.	5	101,80 bz
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	93,00 G
do. Lit. B.	4½	— —
do. IV.	4	93,60 bz
do. V.	4	92,75 B
Halle-Sorau-Guben	4½	101,70 bzB
Hannover-Altenbeken.	4½	— —
Märkisch-Posener	5	100 G
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	96,10 G
do. do. II. Ser.	4	— —
do. do. Obl. I. u. II.	4	96,50 G
do. do. III. Ser.	4	— —
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	86,20 B
do. F.	4½	100,75 G
do. G.	4½	100 G
do. H.	4½	101,40 bz
do. von 1869.	5	101,80 B
do. von 1873.	4	91,90 G
do. von 1874.	4½	100,00 G
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	95 G
do. do.	5	103,25 G
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4½	— —
Rechte-Oder-Ufer-B.	4½	99,90 B
Schlesw. Eisenbahn	4½	— —
Dux-Bodenbach	fr.	64,00 G
do. II. Emission	fr.	56,50 G
Prag-Dux	fr.	19,00 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	86,10 bzG
do. do. neue	5	85,00 G
Kaschau-Oderberg	5	59,75 bz
Ung. Nordostbahn	5	56,30 bz
Ung. Ostbahn	5	55,75 G
Lemberg-Czernowitz	5	66,20 G
do. do. II	5	68,10 bz
do. do. III.	5	61,10 bzG
do. do. IV.	5	57,00 bz
Mährische Grenzbahn	5	52,60 bzG
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	18,25 B
do. II.	fr.	— —
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	65,60 G
Oesterr.-Französische	3	337,00 G
do. do. II.	3	325,75 G
do. südl. Staatsbahn	3	239,40 bz
do. neue	3	239,25 bz
do. Obligationen	5	82,70 bzB
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	82,40 bzG
Warschau-Wien II.	5	97,00 bz
do. III.	5	94,00 bzB
do. IV.	5	83,50 B
do. V.	5	79,80 G

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	4	168,85 bz
do. do.	2 M.	4	167,80 bz
London 1 Lstr.	3 M.	5	20,26 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	80,95 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6	195,50 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	196,60 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	173,00 bz
do. do.	2 M.	4½	171,75 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1876	1877		
Aachen-Mastricht	1	½	4	13,25 bzG
Berg.-Märkische	3¾	3⅓	4	77,10 bz
Berlin-Anhalt	6	5¾	4	90,00 bzB
Berlin-Dresden	0	0	4	7,50 bz
Berlin-Görlitz	0	0	4	10,30 bz
Berlin-Hamburg	11	11½	4	197,50 G
Berl.-Potsd-Magdb	3½	3½	4	82,75 bz
Berlin-Stettin	8 9/10	7 1/10	4	107,50 bz
Böhm. Westbahn	5	5	5	68,50 etbzG
Bresl.-Freib.	5	2½	4	63,50 bzB
Cöln-Minden	5¼	5 1/20	4	103,00 bz
Dux-Bodenbach. B.	0	0	4	16,00 bzB
Gal. Carl-Ludw.-B.	7	9 2/7	4	102,40 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	11,00 bz
Hannover-Altenb.	0	0	4	11,00 bzB
Kaschau-Oderberg	4	4	5	43,75 G
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	49,60 etbzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	181,40 G
Märk.-Posener	0	0	4	16,00 G
Magdeb.-Halberst.	8	8	4	127,50 bzG
Mainz-Ludwigsh.	5	5	4	69,50 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	96,25 B
Oberschl. A. C. D. E.	9⅔	8½	3½	126,50 bzG
do. B.	9⅔	8½	3½	— —
Oesterr.-Fr. St.-B.	5⅖	6	4	437-438,50
Oest. Nordwestb.	5	4,15	5	187,00 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	0	0	4	119-119,50
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	38,50 bzB
Rechte-O.-U.-B.	6⅖	6⅓	4	105,10 bzB
Reichenberg-Pard.	4½	4	4½	36,50 bz
Rheinische	7½	7	4	107,50 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	93,00 bzG
Rhein-Nahe-Bahn.	0	0	4	5,60 bz
Rumän. Eisenbahn	1	2	4	35,00 bz
Schweiz Westbahn	⅗	0	4	10,75 B
Stargard-Posener	4½	4½	4½	100,75 G
Thüringer Lit. A.	9¼	7½	4	115,80 bzB
Warschau-Wien.	6⅔	5	4	172,00 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Dresden	0	0	5	20,50 bzG
Berlin-Görlitzer	0	0	5	29,15 bz
Breslau-Warschau	0	0	5	20,25 G
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	39,40 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	26,25 G
Kohlfurt-Falkenb.	0	0	5	18,25 G
Märkisch-Posener	3¾	4½	5	86,25 G
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	77,50 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	105,00 bzG
Ostpr. Südbahn	5	5	5	88,25 B
Rechte-O.-U.-E.	6⅖	6⅓	5	111,00 G
Rumänier	8	8	8	86,30 bzG
Saal-Bahn	0	0	5	15,30 bz
Weimar-Gera	0	0	5	13,25 bz

Bank-Papiere.

Alg. Deut. Hand.-G.	0	2	4	27,50 bz
Anglo DeutscheBk.	0	0	4	— —
Berl. Kassen-Ver.	10 7/12	8 4/15	4	144,10 B
Berl. Handels-Ges.	0	0	4	59,50 B
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	6½	6	4	61,70 bz
Braunschw. Bank.	5	3	4	83,69 etbzG
Bresl. Disc.-Bank.	4	3	4	66,50 bzB
Bresl. Wechslerb.	5⅔	5⅓	4	73,25 G
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	5	4	72,00 G
Danziger Priv.-Bk.	7	0	4	104,00 B
Darmst. Creditbk.	6	6¾	4	115,25 bzG
Darmst. Zettelbk.	5¼	5¾	4	100,10 G
Deutsche Bank	6	6	4	102,50 bzG
do. Reichsbank	6⅛	6,29	4½	154,60 bz
do. Hyp.-B. Berlin	8	7½	4	81,50 G
Disc.-Comm.-Anth.	4	5	4	132,25 bz
do. ult.	4	5	4	132,25 132,25
Genossensch.-Bnk.	5½	5½	4	90,75 G
do. junge	5½	5½	4	93,90 G
Goth. Grundcredb.	8	8	4	98,00 B
Hamb. Vereins-B.	10	10 5/9	4	— —
Hannov. Bank	5 14/15	6	4	102,90 bzG
Königsb. Ver.-Bnk.	5⅓	6	4	85 G
Lndw.-B. Kwilecki.	5½	4	4	52 G
Leipz. Cred.-Anst.	6	5⅔	4	111,00 G
Luxemburg. Bank	6	6½	4	105,00 G
Magdeburger do.	6	5 9/10	4	108,50 bz
Meininger do.	2	2	4	76,25 bzG
Nordd. Bank	8	8½	4	139,25 bzG
Nordd. Grundcr.-B.	8	5	4	48,00 bzG
Oberlausitzer Bk.	1⅔	3	4	65,50 bzG
Oest. Cred.-Actien	11¼	8⅛	4	394½-395
Posener Pro.-Bank	6½	6½	4	99,00 G
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	74,60 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	116,50 bzG
Sächs. Bank	8	5¾	4	103,90 bzB
Schl. Bank-Verein	5	5	4	87,00 G
Weimar. Bank	0	0	4	31,60 G
Wiener Unionsbk.	11 11/14	3½	4	118,00 G

In Liquidation.

Berliner Bank	—	—	fr.	4,00 G
Berl. Bankverein	—	—	fr.	27 G
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	12,00 B
Deutsche Unionsb.	—	—	fr.	19,75 G
Gwb. Schuster u. C.	0	—	fr.	— —
Moldauer Lds.-Bk.	0	—	fr.	— —
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Sächs. Cred.-Bank	5½	—	fr.	105,50 G
Schl. Vereinsbank	0	—	fr.	61,70 G
Thüringer Bank	0	0	fr.	74,50 bz

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Bd-A.	0	—	fr.	495 G
D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	3,50 G
do. Reichs-u.Co.-B.	0	0	4	69,50 G
Märk. Sch. Masch. G	0	0	4	18,50 bzG
Nordd. Gummifab.	5	4	4	45 G
Westend. Com.-G.	0	—	fr.	0,30 G
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12⅘	8	4	84,25 G
Schles. Feuervers.	18	25	fr.	960 B
Donnersmarkhütt.	3	3	4	23,00 etbzG
Dortm. Union	0	—	4	7,25 bzG
do. abgest.	0	—	4	11,50 bz
Königs- u. Laurah.	2	2	4	69,00 bz
Lauchhammer	0	0	4	23,75 G
Marienhütte	6	3	4	46,00 G
OSchl. Eisenwerke	0	—	4	— —
Cons. Redenhütte	—	—	4	75,00 G
Schl. Kohlenwerke	0	0	4	7,50 bzG
Schl. Zinkh.-Actien	7	6½	4	74,00 G
do. St.-Pr.-Act.	7	6½	4½	87,25 bzB
Tarnowitz. Bergb.	0	0	4	41,50 G
Vorwärtshütte	0	0	4	— —
Baltischer Lloyd	—	—	fr.	5 G
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	2⅔	1	4	53,00 B
do. ver. Oelfabr.	3⅓	5	4	50,75 G
Erdm. Spinnerei	0	0	4	— —
Görlitz. Eisenb.-B.	1¾	4	4	64,00 bz
Hoffm.'s Wag. Fabr.	0	0	4	15,60 etbzG
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	0	4	29,25 bzG
Schl. Leinenind.	5½	—	4	67,50 G
do. Porzellan	0	1½	4	32 G
Wilhelmsh. MA.	0	0	4	22,00 bz

Bank-Discont 5 pCt.
Lombard-Zinsfuss 6 pCt.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(H. T. B.) **Paris**, 27. November, Abends. [Boulevard-Verkehr.] 3% amortisirbare Rente —, —, 3% Rente —, —, Anleihe von 1872 112, 10, Türken 11, 40, Spanier exter. 14⅞, do. intér. —, neue Egypter —, —, Chemins égyptiens —, —, Türkenloose —, —, Banque ottomane —, —, Italiener 75, 10, österr. Goldrente —, ungar. Goldrente 73,50, 1877er Russen 83¼. Ruhig.

Frankfurt a. M., 27. Nov., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 46. Pariser Wechsel 80, 92. Wiener Wechsel 173, 00. Böhmische Westbahn 137½. Elisabethbahn 137¼. Galizier 204. Franzosen*) 218¼. Lombarden*) 60. Nordwestbahn 94½. Silberrente 53¾. Papierrente 52 13/16. Oesterr. Goldrente 61 15/16. Ungar. Goldrente 72⅜. Italiener —. Russ. Bodencredit 71⅞. Russen 1872 80. Neue russ. Anleihe 80 7/16. Amerikaner 1885 99¾. 1860er Loose 106⅞. 1864er Loose 261, 50. Creditactien*) 196. Oest. National-Bank 683, 00. Darmstädter Bank 116¼. Meininger Bank 76¾. Hess. Ludwigsbahn 69¾. Ungarische Staatsloose 153, 50. do. Schatzanweisungen, alte 102⅜, do. Schatzanweisungen, neue 98. do. Ostbahn-Obligationen II. 63⅜. Central-Pacific 104. Reichsbank 154⅜. Reichs-Anleihe 94 1/16. Fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 195⅞, Franzosen 218⅜, Oesterr. Goldrente —, Ungarische Goldrente —, Galizier —, 1877er Russen —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 27. Novbr., Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 115¾, Silberrente 53⅝, Oest. Goldrente 61¾, Ung. Goldrente 72¼, Creditactien 196½, 1860er Loose 107½, Franzosen 547, Lombarden 148½, Ital. Rente 74, Neueste Russen 80½, Vereinsbank 121, Laurahütte 68, Commerzbank 101, Norddeutsche 139, Anglo-deutsche 30, Int. Bank 84¼, Amerik. de 1885 98¼, Köln-Minden. St.-A. 103½, Rhein. Eisenb. do. 107½, Berg.-Märk. do. 77½, Disconto 3¾ pCt. — Schluß ziemlich fest.

Hamburg, 27. Novbr., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest auf Termine ruhig. Roggen loco und auf Termine ruhig. — Weizen per Nov.-Dec. 174 Br., 173 Gd., per April-Mai 183 Br., 182 Gd. Roggen per Nov.-Dec. 122 Br., 121 Gd., per April-Mai 124 Br., 123 Gd. Hafer ruhig. Gerste ruhig. Rüböl ruhig, loco 61, per Mai 60. Spiritus ruhig, per Novbr. 46 Br., per November-December 43¾ Br., per Januar-Februar 43 Br., per April-Mai 43¾ Br. Kaffee abwartend, sehr geringer Umsatz. Petroleum matt, Standard white loco 9, 40 Br., 9, 30 Gd., per Novbr. 9, 30 Gd., per November-December 9, 25 Gd. — Wetter: Mild.

Liverpool, 27. Novbr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 4000 Ballen, davon 2000 B. Maceio, 2000 B. Surats.

Liverpool, 27. Novbr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1500 Ballen. Ruhig. Amerikanische matt, Surats stetig, auf Zeit stetig.

Pest, 27. Nov., Vormittags 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco unverändert, Termine geschäftslos, per Frühjahr 8, 75 Gd., 8, 80 Br. Hafer per Frühjahr 5, 90 Gd., 5, 94 Br. Mais (Banat) per Frühjahr 4, 97 Gd., 5, 00 Br. — Wetter: Prachtvoll.

Paris, 27. Novbr., Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet, per Novbr. 27, 75, per December 27, 75, pr. Januar-April 27, 75, per März-Juni 28, 00. Mehl matt, per November 61, 00, per December 61, 25, per Januar-April 61, 50, per März-Juni 61, 75. Rüböl ruhig, per November 85, 00, per Decbr. 85, 00, per Januar-April 85, 50, per Mai-August 85, 50. Spiritus ruhig, per November 63, 00, per Januar-April 60, 50.

Paris, 27. Nov., Nachm. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 pr. Novbr. pr. 100 Kilgr. 51, 25, Nr. 5 7/8 pr. November per 100 Klgr. 57, 25. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogr. per Nov. 60, 00, per Decbr. 60, 00, per Januar-April 61, 25.

Antwerpen, 27. Novbr., Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 22 bez., 22¼ Br., per December 21¾ bez., 22 Br., per Januar 22½ Br., per Februar 22½ Br. Behauptet.

Bremen, 27. Novbr., Nachmitt. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 8, 80, per December 8, 80, per Januar 9, 00, per Februar-April 9, 10.

Berlin, 27. Nov. [Producten-Bericht.] Das Wetter ist auch heute ungewöhnlich mild und feucht. Der Verkehr in Roggen war heute dem Stillstande nahe, es gelangen nur ganz vereinzelte Abschlüsse auf Termine, welche zwar keine Preisveränderung constatiren lassen, doch aber muß die Haltung als matt bezeichnet werden. Waare ist wenig beachtet. — Roggenmehl vernachläßigt. — Weizen in matter Haltung, erst nach weiterer Preisermäßigung ist schwacher Umsatz ermöglicht worden. — Hafer ist loco schwer verkäuflich. Termine stellten sich etwas niedriger im Werthe. — Rüböl wurde durch wenige Realisirungen per November im Werthe gedrückt. — Petroleum schwach behauptet. — Spiritus flau; die Zufuhr hat nun doch den Begehr nach Waare etwas überflügelt, so daß Verkäufer, besonders für nahe Lieferung, sich mußten billiger finden lassen.

Weizen loco 150—195 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, feiner weißer märkischer — M., gering. gelber märkischer — M., bunt märk. — Mark ab Bahn bez., per November 173½—173 M. bez., per November-December 173½—173 M. bez., per April-Mai 180½—179½—180 Mark bez., per Mai-Juni 182—181½—182 M. bez. Gekündigt 3000 Ctr. Kündigungspreis 173 M. — Roggen loco 115—133 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russ. — M. ab Bahn bez., neuer russischer — M., neuer inländischer 126—131 M. ab Kahn und Boden bez., feiner inländischer — M. bez., per November und November-December 119½—120 M. bez., per December-Jannar 119½ M. bez., per Januar-Februar 121 M. bez., per April-Mai 122½ Mark bez., per Mai-Juni 123 Mark bez. Gekündigt 10,000 Ctr. Kündigungspreis 119½ M. — Gerste loco 112—185 M. nach Qualität gefordert. — Mais loco — M. nach Qualität gefordert. — Hafer loco 95—140 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 102—118 M. bez., russischer 100—113 M. bez., pommerscher 110—118 M. bez., schlesischer 110—122 M. bez., böhmischer 110—122 M., feiner weißer pommerscher und mecklenburgischer 125—127 M. bez., feiner weißer russischer 125—128 M. ab Bahn bez., per November 113 M. bez., per November-December 113 Mark bez., per April-Mai 117 M. bez., per Mai-Juni 120 M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Erbsen, Kochwaare 145—195 M., Futterwaare 125—141 M. — Weizenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 25,00—24,00 M., Nr. 0 und 1: 24,00—23,00 M. bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 20,00—18,00 M. bez., Nr. 0 und 1: 17,50 bis 15,50 M. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1 incl. Sack per November 17,15 M. bez., per November-December 17,10 M. bez., per December-Januar 17,10 M. bez., per Januar-Februar 17,15 M. bez., per Februar-März 17,15 M. bez., per März-April — M. bez., per April-Mai 17,25—17,30 M. bez., per Mai-Juni 17,30—17,35 M. bez. Gekündigt 2000 Ctr. Kündigungspreis 17,15 M. — Oelsaaten: Winterraps loco 228 bis 245 M. bez., Winterrübsen loco 220—235 M. bez., defect. rumänisch — M. ab Bahn bez. — Rüböl pro 100 Kilo loco ohne Faß 57,5 Mark bez., mit Faß — M. bez., per November 58,5—57,4 M. bez., per November-December 57,1—57—57,1 M. bez., per December-Januar — M. bez., per Januar-Februar — M. bez., per April-Mai 58,2—57,9 M. bez., per Mai-Juni 58,2 M. bez. Gekündigt 2100 Ctr. Kündigungspreis 58 Mark. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß 20,6 M. bez., per November 20,1 M. bez., per November-December 20,1 M. bez., per December-Januar 20,1 M. bez., per Januar-Februar 20,6 M. Gd., per März-April 20,7 M. bez., per April-Mai — M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Spiritus loco ohne Faß 52,2 M. bez., per November 53,5—53,3—53,4 M. bez., per November-December 51,6—51,4—51,5 M. bez., per April-Mai 52,7—52,5 M. bez., per Mai-Juni 52,9—52,7 M. bez. Gekündigt 30,000 Liter. Kündigungspreis 53,2 Mark.

Saaz, 25. Novbr. [Original-Hopfenbericht von Adolf Stein, vertreten in Breslau durch S. Oelsner.] Nach dem überaus stillen Geschäftsverlauf des Monats October haben wir einen desto regeren Verkehr in diesem Monat vorausgesetzt, und wir können dies zu unserer Freude heute bestätigen. Bei aller Reserve in Anbetracht der Preisermäßigung, die in diesem Jahre der Hopfen erfahren, tritt an die Brauereien doch die Nothwendigkeit heran, sich rechtzeitig zu versorgen, und ist die Nachfrage nach unseren besseren Qualitäten eine von Tag zu Tag sich steigernde. Es wirken hierbei zwei Momente mit, daß die Befürchtung nahe liegt, die Prima-Qualitäten könnten vergriffen werden, und daß der beispiellos billige Preis unseres diesjährigen Productes die baierischen Hopfenhändler veranlaßt, große Posten von unserem Markte zu holen, weil die Qualitätsunterschiede in gar keinem Verhältniß zu den Nürnberger Marktnotirungen stehen. Die Mehrausgiebigkeit des Saazer Hopfens ist von Händlern und Consumenten als unbestritten anerkannt, und die diesjährige Conjunctur kann Letztere nur bestimmen, dem Saazer Hopfen den Vorzug zu geben. Wir haben in den letzten acht Tagen von einem großen Umsatz auf den hiesigen Lägern zu berichten, der sich auf 500 Centner beziffert, und wenn sich dieser Verkehr so erhält, so werden die Preise bald anziehen, die sicherlich schon höher gegangen wären, wenn nicht die im Aussehen mangelhaften Hopfen oder solche, in denen rußige Dolden vorkommen, um jeden Preis losgeschlagen werden und dadurch auf die allgemeine Stimmung deprimirend eingewirkt wird. Letztere Gattungen sind beispielsweise bis abwärts 30 fl. pr. 50 Kilo käuflich, ein Preis, zu welchem früher nicht das geringste Auschaer Gewächs zu haben war. — Gegenüber einer falschen Darstellung des Saazer Hopfenhandels in der Nürnberger „Allgemeinen Hopfenzeitung" vom 22. Octbr. c. verwahren sich sämmtliche resp. Hopfenhändler in Saaz durch eine Collectiv-Erklärung, aus welcher wir die eine Stelle, weil sie auch unsere Kundschaft in Schlesien interessirt, im Wortlaut mittheilen: „Wir erklären als erlogen, daß Hopfen aus anderen Productionsorten in großer Menge ins Saazer Hopfengebiet und in die Stadt selbst zu dem Zwecke eingeführt werden, um unvermischt oder mit einem Theil Saazer Hopfen vermischt von hier aus als Saazer Schankbierhopfen in Versandt zu kommen. Wir erklären es ferner als eine Verleumdung, daß dem Stande der Saazer Hopfenhändler insinuirt wird, daß selber Hopfen fremden Ursprungs schwefelt, um selben dann, mit gefälschten Certificaten belegt, als Saazer Bezirkshofen in die Welt zu senden."

\# **Breslau**, 28. Nov., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war der Geschäftsverkehr im Allgemeinen schleppend, bei ausreichendem Angebot Preise fast unverändert.

Weizen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer neuer weißer 13,40—15,80—17,20 Mark, neuer gelber 13,20—15,60 bis 16,60 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in gedrückter Stimmung, pr. 100 Kilogr. 10,80 bis 11,80 bis 12,50 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste, nur feine Qualitäten preishaltend, pr. 100 Kilogr. neue 12,40 bis 13,50 Mark, weiße 14,20—14,70 Mark.

Hafer ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. neuer 10,20—10,70—11,20 bis 12,20 Mark.

Mais ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 11,20—12,20—12,80 Mark.

Erbsen gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 13—14—16 Mark, Victoria-17,50—18,50—19,50 Mark.

Bohnen schwache Kauflust, pr. 100 Kilogr. 15,50—16,50—18 Mark.

Lupinen ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. gelbe 8,00—8,20—8,50 Mark, blaue 8,00—8,10—8,40 Mark.

Wicken schwacher Umsatz, pr. 100 Kilogr. 10,40—11,00—11,60 Mark.

Oelsaaten in matter Haltung.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.						
Schlag-Leinsaat	24	25	21	50	19	50
Winterraps	24	25	21	—	18	50
Winterrübsen	23	75	20	50	18	50
Sommerrübsen	23	—	20	50	18	50
Leindotter	21	—	20	—	17	50

Rapskuchen matter, pr. 50 Kilogr. 6,50—6,80 Mark.

Leinkuchen matter, pr. 50 Kilogr. 8,30—8,60 Mark.

Kleesamen schwacher Umsatz, rother nur feine Qualitäten beachtet, pr. 50 Kilogr. 37—40—44 Mk., weißer unverändert, pr. 50 Kilogr. 44—57—64 Mark, hochfeiner über Notiz.

Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 25,25—27,25 Mark, Roggen fein 19,00—20,00 Mark, Hausbacken 18,75—19,25 Mark, Roggen-Futtermehl 8,25—9,25 Mark, Weizenkleie 7—8 Mark.

Heu 2,40—2,80 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 18,00—20,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

ff. **[Getreide- 2c. Transporte.]** In der Zeit vom 17. bis 23. Novbr. eingingen in Breslau ein:

Weizen: 215,903 Kg. aus Oesterreich (Galizien, Mähren 2c.), 18,760 Kg. über die Oberschlesische Bahn, 50,553 Kg. über die Posener Bahn, 114,820 Kg. über die Mittelwalder Bahn, 5015 Kg. über die Freiburger Bahn, 279,800 Kg. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn, im Ganzen 684,851 Kg.

Roggen: 380,189 Kg. aus Oesterreich (Galizien, Mähren 2c.), 20,300 Kg. über die Oberschlesische Bahn, 50,550 Kg. über die Posener Bahn, 5000 Kg. über die Freiburger Bahn, 908,084 Kg. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn, im Ganzen 1,364,123 Kg.

Gerste: 25,335 Kg. aus Oesterreich (Galizien, Mähren 2c.), 106,550 Kg. über die Oberschlesische Bahn, 190,330 Kg. über die Mittelwalder Bahn, 25,000 Kg. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn, im Ganzen 347,205 Kg.

Hafer: 92,196 Kg. aus Oesterreich (Galizien, Mähren 2c.), 40,620 Kg. über die Oberschlesische Bahn, 50,980 Kg. über die Mittelwalder Bahn, 10,200 Kg. über die Freiburger Bahn, 93,100 Kg. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn, im Ganzen 287,096 Kg.

Mais: 50,000 Kg. aus Oesterreich (Galizien, Mähren 2c.).

Oelsaaten: 356,561 Kg. aus Oesterreich (Galizien, Mähren 2c.), 54,580 Kg. über die Oberschlesische Bahn, 28,400 Kg. über die Mittelwalder Bahn, im Ganzen 439,541 Kg.

Hülsenfrüchte: 45,988 Kg. aus Oesterreich (Galizien, Mähren 2c.), 15,230 Kg. über die Oberschlesische Bahn, 9688 Kg. über die Posener Bahn, 10,040 Kg. über die Mittelwalder Bahn, im Ganzen 80,946 Kg.

In derselben Zeit wurden von Breslau versandt:

Weizen: 39,247 Kg. nach der Posener Bahn, 16,040 Kg. von der Oberschlesischen nach der Märk. Bahn, 10,200 von der Oberschlesischen nach der Freiburger Bahn, 75,550 Kg. auf der Freiburger Bahn, 95,095 Kg. auf resp. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn, im Ganzen 236,132 Kg.

Roggen: 17,456 Kg. nach der Posener Bahn, 20,060 Kg. von der Oberschlesischen nach der Freiburger Bahn, 268,480 auf der Freiburger Bahn, 30,214 Kg. nach der Mittelwalder Bahn, 90,400 Kg. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn, im Ganzen 426,610 Kg.

Gerste: 130,530 Kg. von der Oberschlesischen nach der Märkischen Bahn, 20,000 Kg. auf der Freiburger Bahn, 10,125 Kg. nach der Mittelwalder Bahn, im Ganzen 160,655 Kg.

Hafer: 40,531 Kg. nach der Posener Bahn, 20,360 von der Oberschlesischen nach der Märkischen Bahn, 10,100 Kg. von der Oberschlesischen nach der Freiburger Bahn, 10,096 Kg. auf der Freiburger Bahn, im Ganzen 81,087 Kg.

Mais: 10,000 Kg. von der Oberschlesischen nach der Märkischen Bahn, 10,010 Kg. von der Oberschlesischen nach der Freiburger Bahn, 9981 nach der Oberschlesischen Bahn, im Ganzen 29,991 Kg.

Oelsaaten: 56,877 Kg. nach der Posener Bahn, 55,620 Kg. von der Oberschlesischen nach der Märkischen Bahn, im Ganzen 112,497 Kg.

Hülsenfrüchte: 32,800 Kg. von der Oberschlesischen nach der Märkischen Bahn, 5000 Kg. von der Oberschlesischen nach der Freiburger Bahn, 5181 Kg. nach der Oberschlesischen Bahn, im Ganzen 42,981 Kg.

Posen, 26. Novbr. [Börsenbericht von Lewin Berwin Söhne.] Wetter: regnerisch. — Roggen: ohne Handel. November-December 11.. Brief. Frühjahr 121 Gld. Spiritus: fest. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis —. November 50,60 bez. u. Br. December 49,10 bez. u. Gd. Januar 49 bez. u. Br. Februar 49,30 bez. u. Br. März 49,60 bez. April-Mai 50,80 bez. u. Br.

Briefkasten der Expedition.

X. Nein!

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.